

Außerordentlicher Unterbezirksparteitag KölnSPD

23. November 2019

Köln – Chorweiler

**Änderungsanträge
zum Antragsspiegel
und KWProgramm2020**



Änderungsantrag Nr. 1

Antragsteller: Ortsverein Weiden/Lövenich/Junkersdorf/Widdersdorf

Änderungsantrag zu WoPo 3

Bezug: Erstantrag:

3 WoPo 3, Seiten 4 und 5

Antragsteller: Ortsverein Weiden/Lövenich/Junkersdorf/Widdersdorf

Wohnungsbau in Weiden

Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Änderungen:

Ersetzen der Zeilen 38 -42 durch den Passus:

1. Der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln wird empfohlen, bei der Realisierung einer Bebauung „Nördlich Kronstädter Straße in Köln-Weiden“ mit geeigneten Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass die dort bereits durch eine Handelsgärtnerei überbaute Gebäudegrundfläche nicht ausgedehnt wird.

Ersetzen der Zeilen 43 und 44 durch den Passus:

2. Darüber hinaus wird die Ratsfraktion gebeten, darauf hinzuwirken,

Streichen der Zeilen 81-84

Ersetzen der Zeilen 85 - 87 durch den Passus:

Zu 2. Bei der angesprochenen Bebauung müssten die erforderlichen Anpassungen der Infrastruktur inklusive einer gesicherten, öffentlichen Grünfläche in die Wege geleitet werden.

Ersetzen der Zeilen 88 - 93 durch den Passus:

Zu 3. Mit einer Überbauung der P+R-Anlage Weiden-West ließe sich ein empfindlicher Beitrag zur Entspannung des Wohnungsmarktes leisten, der zugleich weder mit einem Verlust an Grünfläche noch mit einem nennenswerten Anwachsen des örtlichen PKW-Verkehrs verbunden ist. Unter dem Vorbehalt der Genehmigungsfähigkeit neben der nahen Hochspannungstrasse ließe das Areal bei einer Ausdehnung der P+R-Anlage in die Tiefe und einer entsprechenden Bebauungsplanung eine Überbauung mit einigen hundert Wohneinheiten zu.

Änderungsantrag Nr. 2

Antragsteller: AsF

Frauenpolitische Forderungen im Kommunalwahlprogramm

Ergänzung Zeile 436:

Die Betreuungszeiten in den Kitas müssen flexibler gestaltbar sein und in jedem Stadtbezirk auch eine Versorgung mit Kitas gewährleistet sein, die bis in die Abendstunden geöffnet haben.

Ergänzung Zeile 768:

Bei Straßenbenennungen werden bis zur Parität Frauennamen bevorzugt. Auch bei Auszeichnungen durch die Stadt wie Ehrenbürgerschaften, Preisen, Orden etc. sollen Frauen stärker als bisher berücksichtigt werden.

Ergänzung Zeile 799:

{Wir werden einen bedarfsgerechten Ausbau der Frauenhäuser veranlassen,} die ausreichende finanzielle Ausstattung und {..}.

Ergänzung Zeile 802:

Wir stärken die Ausstiegsberatung für Menschen in der Prostitution. Dazu sollen auch die Einnahmen aus der so genannten Sexsteuer genutzt werden.

Ergänzung Zeile 954:

Über die Anzahl der Beschäftigten getrennt nach Tarifkräften, Leiharbeitnehmern und Honorarkräften und dem durchschnittlichen Einkommen je Gruppe soll jährlich berichtet werden.

Änderungsantrag Nr. 3

Antragssteller: OV Südstadt

Änderungen zum Kommunalwahlprogramm

Wohnen:

Zeile 104

Wir werden die städtische Wohnungsbaugesellschaft Grund und Boden aktivieren und zur Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit und für bezahlbaren Wohnraum vor allem für Menschen, die dauerhaft Transferleistungen beziehen und für Menschen, die in Allgemeinwohlbezogenen Dienstleistungen wie Feuerwehr, Rettungsdienste, Erziehung und Pflege arbeiten, auf städtischen Grundstücken für diese Menschen bezahlbare Wohnungen bauen.

Bildung

Zeile 486:

neu:11.6 Wir setzen uns für eine angemessene Ausstattung der städtischen Berufsschulen ein, damit eine qualitative schulische und duale Ausbildung sichergestellt wird.

Arbeit und Wirtschaft:

Zeile 924 ergänzen nach dem 1. Satz.

Die Privatisierung der Wirtschaftsförderung werden wir rückgängig machen, damit Köln wieder die Weichen für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Kölner Wirtschaft stellen kann, deren Stärke die Industrie und die große Vielfalt der Dienstleistungsbranchen ist. 75 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiten in den Dienstleistungen – vor allem in den Finanzdienstleistungen, den Medien und der Kreativwirtschaft, den wirtschaftsnahen Dienstleistungen wie Unternehmensberatung, dem Einzelhandel, der Gastronomie und den vielen Handwerksbetrieben. Geeignete Flächen, die Höhe der Gewerbesteuer, der Fachkräftemangel und vor allem die Aufgabe der Stadt, durch ihre Vergabe die lokale und regionale Wirtschaft nach Möglichkeit zu fördern, müssen wieder in den Mittelpunkt gestellt werden. Durch Startups und Neuansiedlung entstehen neue Arbeitsplätze, aber entscheidend ist die Förderung der Bestehenden.

Zeile 981 - 984.

Ersetzen durch. Grundsätzlich gilt, dass Start ups aus eigener Kraft , mit Risikokapital und guter Beratung auf die Beine kommen . Denn dies ist ja die

Grundlage von Innovationen Zudem wird die Gründung durch Landesmittel und neue Lehrstühle an der Universität zu Köln gefördert. Bei der Auftragsvergabe werden wir Start ups mit anderen Bietern gleichwertig behandeln.

Verkehr:

Zeile 304 ergänzen:

Darum müssen alle Haltestellen der Straßenbahn bzw. U- Bahn bis Ende 2021 barrierefrei gemacht worden sein.

Änderungsantrag Nr. 4

Antragssteller: OV Südstadt

Liebe Kölnerin, 1 lieber Kölner! 2 Du interessierst dich für das Wahlprogramm der SPD für Köln. Super! Dafür schon jetzt vielen Dank. 3 Wir haben viel Arbeit in das Programm gesteckt. Denn Köln ist eine tolle Stadt. Unser Herz schlägt für 4 Köln. Aber Köln wird unter Wert registriert, viele wichtige Themen und Projekte kommen nicht voran. 5 Wir haben viele neue und alte Ideen zusammengetragen und unter Beteiligung hunderter Menschen 6 dieses Programm für Köln entwickelt. Was unsere Vision für Köln ist, kannst du auf den nächsten 7 Seiten genau nachlesen. 8 Wir, die KölnSPD, das sind mehr als 5.600 Genoss*innen in 43 SPD-Ortsvereinen. Wir setzen uns 9 dafür ein, unsere Veedel besser zu machen – mit viel Herzblut und fast immer ehrenamtlich. Damit 10 es sauber ist, damit Straßenlaternen funktionieren, damit Busse und Bahnen fahren oder wilder Müll 11 entfernt wird. Viele kleine Dinge, die einfach passieren, ohne dass in der Zeitung oder auf Facebook 12 darüber berichtet wird. 13 Im Stadtrat arbeiten unsere Ratsmitglieder (ebenfalls ehrenamtlich) dafür, dass Köln wieder eine 14 sozial gerechte Stadt wird, in der Wohnen bezahlbar ist und Bildung kostenfrei. Wir setzen uns dafür 15 ein, dass die KVB mehr Menschen besser bewegt und dass jeder und jede seinen oder ihren Platz in 16 Köln findet. Das und vieles mehr – denn alle haben ein Recht darauf, sicher und glücklich ein Teil der 17 kölschen Gemeinschaft zu sein. Wir wollen, dass du zufrieden und möglichst sorgenfrei in deinem 18 Veedel leben kannst. 19 Es gibt viel zu tun – und wir haben viel vor. Wir wollen, dass die Menschen in Köln all das vorfinden, 20 was sie für ein

Änderungsantrag zum Kommunalwahlprogramm der KölnSPD

Zeilen 1 – 15 ersetzen durch folgenden Text

Liebe Wählerinnen und Wähler

Wir, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wollen unsere Stadt in den kommenden fünf Jahren sozial gerecht gestalten. Seit wir in Köln im Rat und den Bezirksvertretungen und jahrzehntelang auch im Amt des Oberbürgermeisters unsere Verantwortung für die Menschen in Köln wahrgenommen haben, verfolgen wir ein Ziel: Ein Köln, in dem alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer Herkunft, ihrer Bildung, ihrer Arbeit das gleiche Recht auf ein gutes Leben und die Entfaltung ihrer Persönlichkeit haben. Anerkennung, Wertschätzung und Respekt im Miteinander und ebenso die Überwindung von Ausgrenzung, Armut, Bildungsbenachteiligung und ungleichen Lebensbedingungen sind die Ziele, die wir in unserer politischen Verantwortung verwirklichen wollen. Wir wissen, dass Köln diese Herausforderungen angesichts des Klimawandels bewältigen muss und daher sozial gerechte und ökologisch zielführende Lösungen braucht für Wirtschaft und Arbeit, Verkehr und Wohnen, Umwelt und Stadtentwicklung. Wir arbeiten dafür, dass Köln wieder usw.

gutes Leben brauchen: bezahlbare Wohnungen, gute Arbeit, ein verlässliches Bus- und 21 Bahnnetz, sichere Radwege und Straßen, eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung, außerdem 22 kostenfreie und ausreichend Bildungs- und Betreuungsangebote. Wir wollen Kultur und Karneval, 23 Industrie und Büdchen. Wir wollen ein gutes Köln für alle und ein Köln, das für alle gut ist. 24 Dabei ergreifen wir Partei: für alle, die eine soziale Stadt brauchen, und für alle, die sich für eine 25 bessere Welt und ein schöneres Veedel einsetzen. 26 Es gibt kein gutes Köln ohne lebenswerte Veedel. Arbeiten und Wohnen, Kunst und Kultur, Grün und 27 soziale Einrichtungen gehören hierhin. Dabei muss uns jedes Veedel gleich viel wert sein – die Lasten 28 einer solidarischen Gemeinschaft müssen gut verteilt werden, damit alle profitieren können. 29

Ein Veedel muss gut erreichbar sein und Angebote für alle Generationen machen. Dazu gehört, dass 30 die Dinge für den täglichen Bedarf leicht verfügbar sind. Deswegen setzen wir uns für einen 31 Mietendeckel für Gewerbetreibende ein. Auch die Stadt könnte als Vermieterin einspringen – 32 dadurch kommt „Tante Emma“ vielleicht nicht persönlich zurück, aber wir bekommen eine Chance, 33 Mittel für den täglichen Gebrauch im Veedel anzubieten. 34

~~Veedel zeichnen sich durch schöne und belebte Plätze aus. Danke sozialdemokratischer Initiative ist 35 hier schon viel erreicht worden, u.a. auf dem Pariser Platz in Chorweiler. Für uns gilt dabei: sowohl 36 der Ebertplatz als auch der Wiener Platz brauchen unsere Aufmerksamkeit. Aber richtig ist auch: 37 Gute Konzepte und Kultur allein können die Probleme unserer Stadt nicht lösen. Für ein vielfältiges 38 und friedliches Leben brauchen wir eine gute~~

Zeile 32. Für Gewerbetreibende streichen und ersetzen durch: einen am Mietspiegel orientieren Mietendeckel für Bestandswohnungen und kleinere und mittlere Unternehmen.

Zeile 35 – 40 ersetzen durch:
Für ein vielfältiges, selbstbestimmtes Leben, Solidarität und ein gutes Zusammenleben brauchen wir eine gute Sozialpolitik. Der Bund macht den Städten klare Vorgaben für die soziale Grundsicherung, für Arbeitslose, für Leistungen für Inklusion und Teilhabe, für Kinder- und Jugendhilfe. Diese Leistungen müssen aus dem kommunalen Haushalt als Pflichtleistungen finanziert werden. Dennoch kann kommunale Sozialpolitik viel bewirken. Wir wollen hochwertige soziale Dienstleistungen etwa in die Kinder – Jugendarbeit, in der Familienhilfe, in der Vermittlung und Förderung der Aufnahme einer

~~Sozialpolitik, damit sich alle auf unseren Plätzen 39 wohlfühlen und eine Perspektive haben. 40 2~~

Um all das bezahlen zu können, setzen wir uns auf Landes- und Bundesebene weiterhin für eine 41 Entschuldung und Entlastung der Kommunen ein. Dazu braucht es eine Umverteilung „von oben nach 42 unten“ und „von oben in die Mitte“. Privater Reichtum und öffentliche Armut – das ist ein 43 Widerspruch. Vermögende und Unternehmen profitieren von einer guten Infrastruktur und müssen 44 dementsprechend ihren Beitrag leisten. Jetzt ist es Zeit für einen fairen Ausgleich. 45
Klar ist für uns: Köln steht nicht zum Verkauf! Um Demokratie und Gestaltungsmacht zu behalten, 46 muss städtisches Eigentum in städtischer Hand bleiben. Die städtischen Tochterunternehmen leisten 47 ihren

Erwerbstätigkeit, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in der Vermeidung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit und der Drogenhilfe und Suchtprävention. Die städtische Gesundheitsvorsorge einschließlich der städtischen Kliniken sollen in der Verantwortung der Stadt erhalten bleiben und ausgebaut werden.

Köln hat eine vielfältige Bildungslandschaft und gute Schulen. Aber die Bildungsungleichheit ist noch längst nicht überwunden. Das Land bestimmt über die Inhalte der Bildung und sorgt für das pädagogische Personal. Kommunale Bildungspolitik muss ihre Möglichkeiten nutzen, um allen Kindern und Jugendlichen und auch Erwachsenen die Bildung, die sie brauchen zu ermöglichen. Köln ist eine wachsende Stadt. Der Ausbau einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung ab dem 2. Lebensjahr für alle Kinder, ein flächendeckendes Angebot an Grundschulen und Gesamtschulen im gebundenen Ganztags, Inklusion und Integration in allen Schulformen und eine qualitativ hochwertige berufliche Bildung ist notwendig, um allen Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden und Bildungsungleichheit zu überwinden.

Weiter ab Zeile 41

Beitrag zum kommunalen Haushalt – und müssen in erster Linie immer dafür sorgen, dass Kölns 48 Infrastruktur wieder auf Vordermann gebracht wird. Wer nicht in die Zukunft investiert, zahlt später 49 drauf. 50
~~Du siehst:~~ Wir haben eine sehr genaue Vorstellung davon, wie ein sozial gerechtes und lebenswertes 51 Köln aussehen soll. Wir sind überzeugt, dass Köln dadurch lebenswerter wird! Auf beiden 52 Rheinseiten, in allen neun Stadtbezirken und in allen 86 Veedeln. 53
54
~~Und jetzt kommst du! Am 13. September 2020 kannst du über diese Version einer Zukunft für Köln 55 abstimmen. Und wenn Du schon jetzt eigene Ideen hast, Anregungen, Kommentare oder einfach den 56 Wunsch mitzumachen: Sehr gerne! Wir sind offen für alle Menschen, die mithelfen wollen, dass Köln 57 gerechter, nachhaltiger, schöner und lebenswerter wird. Melde Dich einfach hier~~

Zeile 51 „Du siehst: streichen

Zeile 55 ersetzen durch: Unsere Stadt braucht das Zusammenwirken von Rat und Verwaltung mit der Stadtgesellschaft ebenso wie das Vertrauen der Menschen in Köln. Unterschiedliche Interessen und vielfältige und auch gegensätzliche Meinungen müssen demokratische ausgetragen und entschieden werden. Wir brauchen den sachkundigen und fachkompetenten Rat und die Kooperation mit den Gewerkschaften und den Selbstorganisationen der Wirtschaft, mit den Wohlfahrts- und Sozialverbänden, den Jugendverbänden und den Migranten Selbstorganisationen, den Umweltinitiativen und Verbänden und vielen anderen engagierten Menschen. Die Zeit, in der aus dem Rathaus die Stadt regiert wurde, ist längst vorbei. Nur gemeinsam können wir eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Stadt schaffen. Dafür brauchen wir Ihre/Deine Stimme für die Kommunalwahl 2020!

Änderungsantrag Nr. 5

Antragsteller: AfB

Erstellung des Kommunalwahlprogramms der KölnSPD

Das Wahlprogramm der KölnSPD zur Kommunalwahl 2020 wird richtungsweisend sein. Wichtige Fragen der Kommunalpolitik, der drängenden aktuellen Fragen müssen thematisiert werden.

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung Köln hat mit großen Interesse an der Entstehung des vorliegenden Entwurfs mitgearbeitet und den aktuellen Stand diskutiert, Die AfB Köln beantragt folgenden Aspekte in das Kommunalwahlprogramm aufzunehmen:

Punkt In9.3 (Zeilen 442/443) :

Bisher: "Die kommunale Schülerpauschale für Sach- und Lernmittel werden wir erhöhen und 442 zu 100% an die Schulen auszahlen lassen. "

Wir beantragen die Änderung in folgenden Satz:

"Die kommunale Schülerpauschale für Sach- und Lernmittel wird verdoppelt und jedes Jahr mindestens um die Inflationsrate (Grundlage stellt der Verbraucherpreisindex dar.) erhöht. Der Gesamtbetrag wird zu 100% den Schulen zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Ziel ist die Erhöhung der kommunalen Schülerpauschale für Sach- und Lernmittel auch um die schulischen Materialkosten zum Lerngebrauch (Kopierkosten, Sportausstattung wie z. B. Bälle, Ausstattung von Fachräumen mit Verbrauchsgütern wie z. B. Versuchsmaterial). Schulen begleichen die aktuell anfallen Kosten z.B. über zusätzliche Beträge oder über unterstützende Mittel der schulischen Fördervereine. Auf diese Weise kann der Lernmittelbetrag um 50 % bis 70 % erhöht werden

Änderungsantrag Nr. 6

Antragsteller: SPDqueer

Änderungsantrag zum Kommunalwahlprogramm 2020

Seite 19

Z2.1.

763 Wir wollen miteinander leben, nicht nebeneinander. Deshalb fördern wir
764 Engagement, Initiativen und Projekte, die unsere Kölner Vielfalt bereichern und
765 erfahrbar machen. Wir unterstützen **und fördern** den CSD, genauso wie den
Karneval und
766 anderes Kölner Brauchtum, **auch finanziell.**

Z2.3.

771 ... zusammen mit vielfältigen Beratungsmöglichkeiten insbesondere für
Lesben, Schwule,
772 Bisexuelle, trans* und intergeschlechtliche Menschen. **Dabei ist uns eine
Sensibilisierung für
773 potenzielle Diskriminierung im Pflege- und Gesundheitsbereich wichtig.
Wir fördern
774 Modellprojekte für vielfältiges Leben im Alter oder bei Behinderung.**

Seite 20

Z2.7.

783 Wir stehen für ein **lebendiges Nachtleben. Dabei ist uns Vielfalt wichtig –
egal ob hetero
784 oder queer, ob Immi oder gebürtiger Kölner, ob im Zentrum oder im
Veedel.** Um aber die
785 berechtigten ...

Zur Begründung:

Z2.1.

Neben dem Kölner Karneval ist der CSD seit 1991 als Wirtschaftsfaktor für Handel, Gastronomie, Hotelgewerbe und Tourismus zwischenzeitlich zu einer festen Rechengröße geworden. Die Stadt Köln und hier ansässige Unternehmen werben mit dem Kölner CSD und generieren hierdurch zusätzliche Einnahmen. Dies wird durch eine aktuelle Studie „LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln“ der Stadt Köln deutlich dargestellt.

Die gemeinnützige Gesellschaft des Kölner Karnevals mbH wurde durch die Stadt Köln zuletzt für 2018 mit einem Zuschuss für die Aufstellung der Straßendekoration in Höhe von 25.600 € sowie für den Rosenmontagszug 2019 in Höhe von 127.825 € unterstützt. Eine derartige Förderung ist auch für den gemeinnützigen Veranstalter des Kölner CSD, den Kölner Lesben- und Schwulen Tag (KLuSt), in angemessener Höhe, anzustreben.

Z2.3.

Der enge körperliche wie auch psychosoziale Kontakt von Pflegenden und Bewohnern bzw Patienten in Pflegeeinrichtungen oder Krankenhäusern bedingt mögliche Diskriminierungspunkte. Sexuelle Identität ist im hohen Lebensalter oder bei einer körperlichen bzw geistigen Behinderung ein wenig beachtetes Thema. Insbesondere für die Generation, welche die NS-Zeit oder die konservative Nachkriegszeit erfahren haben. Wir wollen eine Sensibilisierung für das Thema in den Einrichtungen der Kliniken der Stadt Köln und der Sozialbetriebe Köln erreichen. Dabei streben wir eine Förderung von Modellprojekten ähnlich der „Kultursensiblen Pflege von LGBTI“ des Münchenstifts oder der Berliner schwul/lesbischen Demenzwohngemeinschaften „Lebensort Vielfalt“ an.

Z2.7.

Die Ausdifferenzierung des Vielfältigkeitsbegriffes sollte erfolgen, um Verständnis für die breite Wählerschaft zu schaffen, dass hiermit sowohl Herkunft als auch sexuelle Identität gemeint ist.

Änderungsantrag Nr. 7

Antragssteller: OV Nippes

Änderung zu Punkt 7, KomPo 2 Südstadt

Transparenz schaffen

Neuer Punkt 2 Ursprungstext streichen

2. die Ratsfraktion wird mit Beginn der Kommunalwahlperiode 2020 sicherstellen, dass in allen Drittgremien, die auf ihren Vorschlag unmittelbar oder mittelbar über den Rat der Stadt Köln besetzt werden (insbesondere Aufsichtsräte etc)

- Frauen und Männer zu mindestens 40 % vertreten sind
- Ratsmitglieder und der Ratsfraktion nicht angehörende Genossinnen und Genossen je zur Hälfte vertreten sind
- Und nur solche Personen benannt werden, die nachgewiesen über die zur Wahrnehmung der Aufgaben notwendige Sachkunde, Fähigkeiten und fachliche Erfahrung verfügen (siehe PCGK).Hierzu zählen insbesondere jeweils einschlägige berufliche Qualifikation, Gremienerfahrung oder nachgewiesene Fortbildung.

Punkt 3, zweiter Satz: "Ausnahmen von dieserParteirat der KölnSPD"

Streichen !!

Zusätzliche Begründung // Anlage 1

Auszug aus:

Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln Standards zur Steigerung der Effizienz, Transparenz und Kontrolle bei den kommunalen Beteiligungsgesellschaften der Stadt Köln (Stand: August 2012)

2.2.4 Jedes Aufsichtsratsmitglied sollte durch seine eigene persönliche und fachliche Qualifikation dafür sorgen, dass es seine Aufgabe und Verantwortlichkeit im Sinne dieser Public Corporate Governance erfüllen kann. Die Stadt Köln und das Unternehmen unterstützen die Fort- und Weiterbildung durch geeignete Maßnahmen.

2.2.5 Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seiner Mandate genügend Zeit zur Verfügung steht.

Änderungsantrag Nr. 8

Antragsteller: AG 60 plus

Wir treten den Änderungsanträgen von Uellenberg/Südstadt zur Einleitung bei. Zwei kleine Veränderungen von uns dazu:

Z. 32 Ursprungstext nach „Mietendeckel“ einfügen das Wort „auch“, ansonsten Ursprungstext lassen

Bei dem Ersetzungstext ab Z. 55 nach Jugendverbänden einfügen „Seniorenvertretungen“ und streichen den Satz „Die Zeit, in der aus dem Rathaus die Stadt regiert wurde, ist längst vorbei.“

Z.77 hinter Genossenschaften einfügen „und Erbbauvereine“

Z 103 nach Mietendeckel einfügen „nach Berliner Vorbild“

Z 137/138 statt „wenn möglich Baugebote erlassen“ neu „die Möglichkeit des Erlasses von Baugeboten erweitern“.....

Z. 154 nach neue städtische „gemeinnützige“ Bau-Gesellschaft...

163/164 statt „auf den Prüfstand stellen“ neu „verbessern“

170 hinter Sportplätze einfügen „Bewegungsparcours“

220 nach Wohnung einfügen „wie es besonders im Alter häufig erwünscht ist“;

221/222 Schluss des Satzes mit „angeboten werden“. Also Streichung des Begründungshalbsatzes von „damit.....werden kann“.

Änderungsantrag Nr. 9

Antragssteller: OV Sülz-Klettenberg

Änderungsantrag (ÄA) zum Kommunalwahlprogramm der KölnSPD 2020 Köln für alle. Machen!

Jede Zeile ist ein ÄA

Beschlussvorschläge:

Zweite Zeile auf dem Deckblatt: Das Wort „Genoss“ gegen „Mitglieder“ austauschen.

Ab Seite 1 fortlaufend:

Zeile 9: Das Wort „Genoss“ gegen „Parteimitglied“ austauschen.

Nach Zeile 13 kein Absatz, dafür nach dem Satzende Zeile 15.

Zeile 22: hinter Gesundheitsvorsorge, „Grüne Flächen zur Naherholung und zum Schutz vor Klimaerwärmung“, einfügen.

Zeile 32: Mietdeckel „auch“ für Gewerbetreibende ein.

Zeile 35: erster Satz nach schöne, „grüne“ einfügen.

Nach Zeile 40 soll folgender Absatz eingefügt werden:

„Köln wird nachhaltig. Köln lebt in einer globalen Gemeinschaft, die vom Klimawandel und Artensterben bedroht ist. Für uns ist aktiver Klima- und Umweltschutz eine wesentliche Querschnittsaufgabe der Kommunalpolitik, der auch die Lebensgrundlage unserer Kinder und Enkelkinder im Auge hat.

Die beste Heizung ist die, die man nicht einschalten muss, da das Haus keine Wärme verliert. Die beste Energie ist die, die vom Himmel fällt, die wir nur auffangen und speichern müssen. Wir setzen auf erneuerbare Energie und ergreifen Maßnahmen zur Verringerung der CO2 Emissionen. Artenschutz und der Erhalt von Freiflächen sowie deren Vernetzung ist uns ein Anliegen. Wir wollen eine durchgrünte Stadt.“

In Zeile 39 und 40 streichen:

„..., damit sich alle auf unseren Plätzen wohlfühlen und eine Perspektive haben.“

Fortfahren neuer Absatz: „Bund und Land machen den Städten klare Vorgaben für die soziale Grundsicherung, für Arbeitslose, für Leistungen zur Inklusion und Teilhabe, für Kinder- und Jugendhilfe. Diese Leistungen müssen aus dem kommunalen Haushalt finanziert werden.“

Aber kommunale Sozialpolitik kann viel bewirken. Unser Bürger und Bürgerinnen sollen sich in kleinen und großen Notsituationen abgesichert und aufgefangen fühlen.

Wir wollen hochwertige soziale Dienstleistungen etwa in der Familienhilfe, der Jugendhilfe, in der Vermittlung und Förderung von Erwerbstätigkeit, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in der Vermeidung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit und der Drogenhilfe und Suchtprävention. Die städtische Gesundheitsvorsorge einschließlich der städtischen Kliniken wollen wir in der Verantwortung der Stadt erhalten und ausbauen.“

Zeile 85

„Und an den Klimaschutz“ ersetzen durch „Zukunftsaufgabe Klimaschutz“:

Zeile 88

Hinter ... Grünanlagen. In der bestehenden Bebauung müssen die oben genannten Kriterien bei Sanierungen ebenfalls berücksichtigt und gefördert werden.

Zeile 103:

Einfügen hinter ... beschließen „und dazu ein Kölner Modell entwickeln.“

Zeile 104

Wo1.6 Viele Vermieter, vor allem Großanbieter, lassen bestehenden Wohnraum verwahrlosen. Wir setzen uns für den Erhalt von bestehendem Wohnraum in einem menschenwürdigen, akzeptablen Zustand ein. Mieter können erhebliche Mängel beim Amt für Wohnungswesen anzeigen. Wir stärken die Wohnungsaufsicht, als Ansprechpartner für Betroffene und um die Instandhaltung von bestehendem Wohnraum zu gewährleisten.

Zeile 128

Hinter Flächenmanagement. Freiflächen sollen so gering wie möglich versiegelt werden.

Zeile 189

Einfügen hinter Kölner Grünflächen, „die Dach- und Fassadenbegrünung ...“ hinter Wasserflächen. „Wir sorgen für ein Netz von Trinkbrunnen.“

Zeile 192:

hinter ...erlassen: Bei Neubauten sollen verpflichtend mit ...

Zeile 195

(KfW55) streichen.

Zeile 197 und 198

ändern: ...die Entsiegelung von Flächen werden wir bestehende Förderprogramme stärker ausbauen.

Zeile 199

einfügen: Wir werden deshalb „bei der Stadtverwaltung“ eine One-Stop-Beratungsstelle ...

Zeile 384

„Tempo 30 soll auch in sensiblen Bereichen, wie Schulen, Kitas, Krankenhäusern etc. und an Unfallschwerpunkten eingerichtet werden.“

Zeile 480

Einfügen: „Wir fordern ein Schulgartenkonzept.“

Zeile 520

In 13.7 „Wir wollen das Umweltbildungsangebot an außerschulischen Bildungsangeboten fördern und weiter ausbauen.“

Zeile 656

Überschrift (fett): „Energiewende. Sofort anpacken!“

Zeile 675

Hinter Blockheizkraftwerke. Satz einfügen: „Wir wollen, dass das Fernwärmenetz weiter aufgebaut wird und der Anschluss attraktiv angeboten wird.“

Zeile 686

Einfügen hinter: ..., „dass Köln CO2 emissionsfrei wird.“

Zeile 698

Streiche „Aber Hallo, füge ein: „solidarisches Miteinander“

Zeile 722

Ergänzung: nach ...soziale Institutionen. "finanzielle Absicherung in der Jugendsozialarbeit," einfügen.

Zeile 738

Hinter vernachlässigt werden. : „Wir werden die Steinwüsten abschaffen. Die Plätze der Stadt sollen grün (Bäume, Nutzpflanzen) und kommunikativ werden und mit Bänken und Wasser (Teich oder Brunnen) ausgestattet sein.“

Zeile 850 (folgende)

Z5.5 „Wir realisieren ein drittes Wertstoffcenter im Kölner Süden. Die Reinigung aus einer Hand werden wir intensivieren.“

Z5.6 „Wir setzen uns für Müllvermeidung, Recycling und eine Reduzierung der Nahrungsmittelverschwendung ein.

Zeile 856

„oder Cummunity Garden“ streichen.

Danach einfügen:

„Landwirtschaftliche Flächen im Kölner Stadtgebiet sollen ökologisch und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir fördern Aktivitäten der partizipativen Landwirtschaft, wie Mietäcker, Solidarische Landwirtschaft, Selbsternteflächen etc.“

Zeile 857 / 858

Den Satz: „Wir werden deshalb mehr öffentliche Grillplätze einrichten.“ streichen.

Zeile 907

Ergänzung Z8.7. Wir möchten, dass Pflegeheime lebenswerte Orte sind. Und werden die Qualität von Pflegeheimen stärken und weiter Plätze schaffen.

Zeile 990

“Roadmap” in Klammern soll deutsche Bedeutung eingefügt werden.

Zeile 1038

Hinter...zeitlich einschränken: „Wir fördern eine emissionsarme Logistik, vor allem auf der letzten Meile (Lastenräder einsetzen).“

Zeile 1082

„Kultur ist der Garant für eine nachhaltige Entwicklung in allen Teilen unseres Lebens.“

Zeile 1165

Streichen „ ...durch die Unterstützung des Kölner Karnevals, aber auch ...“

Zeile 1290 bis Zeile 1295

Streiche ab „Deshalb werden wir ... bis mit Skulpturen oder Wandmalereien.

Zeile 1305

K5.7. streichen

Änderungsantrag Nr. 10

Antragssteller: OV Ehrenfeld

Änderungsantrag zum Kommunalwahlprogramm

Programmtitel: Ersetze „Köln für alle. Machen“ durch „Mit uns und mit euch. Für ein gutes Leben in Köln!“

Zeile 26: ergänze: „...einsetzen. Aber auch entschieden gegen alle, die mit rechter Hetze das politische Klima in unserer Stadt vergiften wollen.“

Zeile 180: ersetze durch: Zweckentfremdung von Wohnraum werden wir systematisch bekämpfen. Wir sind für gerechte Lizenzvergaben mit begrenzter Nutzung, verstärkte Kontrollen und Absprachen oder Vereinbarungen mit AirBnB.

Zeile 535 ergänze: „Wir fördern den Sport ...inklusiv.“

Zeile 551: streiche: „und durch Pilotprojekte“

Zeile 589: ergänze: „Die Bildungsangebote der VHS bieten wir inklusiv an, damit Menschen mit Einschränkungen (wie z.B. Seh- und Höreinschränkungen u.a.) die Möglichkeit haben, daran teilzunehmen.“

Zeile 602: ergänze: „...und zukunftsweisende Lösungen und Konzepte finden, die nicht zulasten der Arbeitnehmer*innen und Freischaffenden gehen.“

Zeile 698: streiche: „Aber Hallo“

Zeile 707: ergänze „...Orientierung. Wir stehen fest an der Seite derer, die sich für eine solidarische und tolerante Stadtgesellschaft und gegen Rassismus, Antisemitismus, rechte Hetze und Gewalt sowie die Ausgrenzung von Minderheiten einsetzen. Wir wollen, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur, Religion und sexueller Orientierung in Köln friedlich, angstfrei und respektvoll zusammenleben und dass Flüchtlinge Schutz und Solidarität erfahren. Wir unterstützen deshalb Arch und andere zivilgesellschaftliche Initiativen beim Kampf gegen Rechtspopulismus und –extremismus und arbeiten aktiv im Bündnis „Köln stellt sich quer“ mit. Wir rufen alle Kölner*innen auf, mit uns die Grundwerte der Demokratie gegen ihre Gegner innerhalb und außerhalb der Parlamente zu verteidigen.“

Änderungsantrag Nr. 11

Antragssteller: OV Ehrenfeld

Änderungsantrag zum Kommunalwahlprogramm

Vor Zeile 724: einfügen:

Gleiche Teilhabe und Zusammenleben in der Einwanderungsstadt Köln

Wir bekennen uns zur Tradition der Stadt Köln als einer Einwanderungsstadt. Heute leben Menschen aus 180 Nationen in Köln. Jeder dritte Einwohner hat eine Migrationsgeschichte, bei den jungen Menschen ist es bald jeder zweite. Wir wollen die Bedingungen dafür schaffen, dass ein gemeinsames Zusammenleben auf der Basis gleicher Teilhabe und gegenseitigen Respektes und eines zunehmenden Miteinander gelingt.

Migrant*innen und ihre Familien brauchen menschenwürdige Wohnungen und gute öffentliche Dienstleistungen in der gesamten Stadt. Die kulturelle Vielfalt der Stadtteile ist eine Bereicherung, darum müssen soziale Ausgrenzung und Ghettoisierung überwunden werden. Dort, wo die Menschen gute Lebensbedingungen und bezahlbaren Wohnraum vor allem brauchen, müssen die Schwerpunkte der Förderung von bezahlbaren Wohnungen und einer lebenswerten Stadt sein.

Gute Arbeit, guten Bildung und ein menschenwürdiges Leben ist das gemeinsame Interesse vieler Menschen in Köln ob mit oder ohne Migrationsgeschichte. Darum dürfen die Interessen der Menschen mit – nicht gegen die Interessen der Menschen ohne Migrationsgeschichte ausgespielt werden. Der soziale Zusammenhalt zerreißt endgültig, wenn es zu offenen Konkurrenzkmpfen kommt. Solidarität in der gemeinsamen Interessensvertretung muss gesucht und praktiziert werden.

Unsere Vorhaben:

Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung und des Stadtwerkekonzerns

Die Interkulturelle Öffnung der Stadt und aller ihrer Dienstleistungen muss fortgesetzt werden, Interkulturelle Öffnung bedeutet, dass die Dienstleistungen in mehreren Sprachen auch mit Hilfe von Sprachmittlern angeboten und zielgruppengerecht gestaltet werden. Dies bedeutet aber ebenso, dass die Interkulturelle Qualifizierung der Beschäftigten fortgesetzt und dass auf eine multikulturell orientierte Vergabe der Plätze etwa in Kitas und Schulen geachtet werden muss. Interkulturelle Qualifizierung muss auch für die Gesundheitsvorsorge verpflichtend werden.

Interkulturell qualifiziert werden muss über die bisherigen Anstrengungen hinaus auch das Personal von Unternehmen des Stadtwerke Konzerns wie etwa der KVB oder der Rheinenergie. Keine Dienstleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge darf misslingen, nur weil Sprachbarrieren unüberwindbar sind.

Auch durch den aktuellen Fachkräftemangel werden zunehmend Migrantinnen und Migranten eingestellt, Aber dies reicht nicht aus. Darum müssen in der

Personalpolitik bis hin zu den Leitungsaufgaben Menschen mit Migrationsgeschichte eine gleichberechtigte Chance auf Beschäftigung bekommen, notfalls auch über eine Quote.

Viele Menschen mit Migrationsgeschichte brauchen gute Dienstleistungen zur besseren Integration um ein selbstbestimmtes Leben in dieser Gesellschaft zu führen. Dies muss sich im städtischen Haushalt abbilden. Integration muss als Querschnittsaufgabe gedacht und durch das neue Amt für Integration und Vielfalt auch verwirklicht werden.

Gegen Diskriminierung – für gleiche Rechte

Unabhängig von der sozialen Lage und der gesellschaftlichen Stellung begegnen Migrantinnen und Migranten meist aus südlichen oder südöstlichen Ländern Abwertungen und Diskriminierungen. Die Arbeit der beiden Antidiskriminierungsbüros und der Stelle im Kommunalen Integrationszentrum reichen bei weitem nicht aus. Darum müssen zum einen diese Büros und Stellen zahlenmäßig ausgeweitet werden. Sie müssen in die Lage versetzt werden entsprechend dem AGG Beschwerden aufzunehmen, proaktiv über Rechte Betroffener aufzuklären. Zum anderen braucht Köln eine öffentliche von der Stadt und allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen einschließlich der Arbeitgeber und Gewerkschaften getragene Kampagne für gleiche Rechte, Anerkennung und Respekt. Alle Kölner Medien werden zu einer nicht diskriminierenden Berichterstattung über Migrantinnen und Migranten aufgefordert und verzichten auf die Nennung der Herkunft von Tatverdächtigen.

Verschieden Religionen und Kulturen bekannt machen und als gleichwertig anerkennen

120 Religionen gibt es in Köln. Im Rat der Religionen führen ihre wichtigsten Repräsentanten seit Jahren einen intensiven Dialog. Dies muss auch auf die Stadtgesellschaft Auswirkungen haben. Kennenlernen unterschiedlicher Kulturen und Religionen nimmt in der frühkindlichen Bildung und der Schulbildung einen hohen Stellenwert ein. Aber das Wissen und das gegenseitige Kennenlernen im Alltag wird oft von Vorurteilen verstellt. Es ist Aufgabe der Medien, der Religionsgemeinschaft und der interkulturellen Zentren sich mehr als bisher zu öffnen, den Dialog zu suchen, aber ebenso der Stadtgesellschaft, den Vereinen und vielen Akteuren der Einladung auf Dialog und Verständigung zu folgen. Wir brauchen in der Stadt mit ihrer ausgeprägten Fest- Feier und Eventkultur ein von Interkulturalität und Verständigung geprägtes Klima

Ein menschenwürdiges Einwanderungs- und Aufenthaltsrecht einfordern und wo möglich auf kommunaler Ebene realisieren!

Ein menschenwürdiges Einwanderungs- und Aufenthaltsrecht und eine die Vielfalt und Gleichheit achtende Politik von Bund, Land und Kommune bleibt unser Ziel. Wer lange in Köln lebt und sich hier integriert hat, muss bleiben, gleich aus welchem Grunde er oder sie hierhergekommen sind. Schutzsuchende werden auch weiterhin kommen und die Stadt ist der beste Ort eines Zurechtfindens in Deutschland. Das gesamte Aufnahmeverfahren von Land und Bund muss wieder darauf ausgerichtet werden.

Wir respektieren die Genfer Flüchtlingskonvention und die EU-Aufnahmerichtlinien. Darum werden wir die Rechte Schutzsuchender achten, menschenwürdige Unterkünfte vorausschauend schaffen, die Betreuung und Unterstützung besonders

für Menschen mit besonderem Schutzbedarf auf hohem Niveau und die Beratung und Unterstützungsleistungen und Akteure wie etwa der Flüchtlingsrat auch bei sinkenden Zahlen Schutzsuchender in städtischer Obhut in vollem Umfang gewährleisten.

Selbstorganisation und politische Teilhabe der Eingewanderten stärken.

Wir halten daran fest, dass alle Eingewanderten, die in Köln ihren Lebensmittelpunkt haben, das kommunale Wahlrecht erhalten. Eine Änderung der Landesverfassung ist am Widerstand der CDU gescheitert. Darum werden wir die politischen Teilhaberechte aller Eingewanderten im Rahmen des Möglichen stärken:

Der Integrationsrat wird auf der Basis des bisher praktizierten Wahlverfahrens den Status eines Ausschusses mit allen Rechten erhalten. So kann Integration als Querschnittsaufgabe auf der Basis gleicher Teilhabe besser verwirklicht werden. Das Amt für Integration und Vielfalt im Bereich der Oberbürgermeisterin muss in seiner Steuerungsfunktion gestärkt werden und dem aufgewerteten Integrationsausschuss zugeordnet sein.

Alle für die Integration relevanten Ausgaben der Stadt (Personal,- Sachkosten und Transferleistungen für Dritte) werden in einer gesonderten Übersicht zusammengefasst. Dazu gehören sowohl die Ausgaben in Verantwortung des Amtes für Integration und Vielfalt (Dezernat OB) wie auch die in anderen Dezernaten bewirtschafteten Posten. Die Einwerbung von Drittmitteln für die Integration wird zentral vom Amt für Integration und Vielfalt sichergestellt.

Migrantenselbstorganisationen und Interkulturelle Zentren werden wir weiterhin auf hohem Niveau unterstützen.

Änderungsantrag Nr. 12

Antragssteller: OV Bickendorf/Ossendorf, OV Dellbrück, OV Ehrenfeld, OV Nippes

Änderungsantrag zum Kommunalwahlprogramm

Seite: 7ff.

Zeilen: 250-402 streichen und ersetzen durch:

Köln bekommt die Verkehrswende.

Unser Ziel ist es, eine kraftvolle Verkehrswende zu vollziehen. Dabei leitet uns der Gedanke "Bequemlichkeit sticht Moral". Wir verfolgen dafür eine massiv in Infrastruktur und Betrieb investierende Politik zugunsten des Umweltverbundes, bestehend aus öffentlichem Personen-Nahverkehr (ÖPNV), Fahrrad und Zufußgehen. Der Anteil dieser drei Säulen soll mindestens 75% des Verkehrs in Köln ausmachen.

Unsere Stadt braucht dafür endlich einen neuen und zeitgemäßen Gesamtverkehrsplan. Wir werden den in Köln entwickelten EU-Standard für nachhaltige urbane Mobilitätsplanung (Sustainable Urban Mobility Plan - SUMP) zügig etablieren, um die vorhandenen Einzelpläne und Ideen zu einem zielführenden Gesamtverkehrsplan zusammen zu binden. Die Entscheidung, welche Infrastrukturprojekte und welche Maßnahmen zu priorisieren sind, trifft die KölnSPD deshalb strikt nach ihrem Wirkungsgrad für das Gesamtgefüge.

Köln wird weiterwachsen: Mehr Einwohner*innen und mehr Pendler*innen sind bei gleichbleibender Verkehrsfläche zu erwarten. Wir stellen uns der Aufgabe, die Nutzung des öffentlichen Verkehrsraums nach einer strikten Flächengerechtigkeit zu organisieren.

ÖPNV

Wir werden den ÖPNV und die KVB als Rückgrat des Umweltverbundes so ausstatten, dass sie ihrer Rolle gerecht werden können. Wir stehen für einen massiven Ausbau von Infrastruktur und Angebot des ÖPNV.

In1: Wir werden die erhöhten Bundesmittel und die angekündigten Verbesserungen der Förderbedingungen zugunsten kommunaler Infrastruktur im ÖPNV nutzen und in den nächsten fünf Jahren einen Ausbau des KVB-Schienennetzes aufs Gleis setzen.

In1.1. Ausbau der Ost-West-Achse als Metro-Linie von Deutz bis zum Aachener Weiher. Parallel soll die oberirdische Führung beibehalten werden, damit zukunftsweisende Kapazitäten entstehen.

- In1.2. Verlängerung der Nord-Süd-Stadtbahn bis nach Meschenich-Süd.
- In1.3. Anbindung von Stammheim und Flittard samt Option einer Verlängerung nach Leverkusen mit einer flankierenden Linie über Mülheim-Süd.
- In1.4. Verlängerung der linksrheinischen Gürtelstrecke bis zum Rhein.
- In1.5. Anbindung von Neubrück.
- In1.6. Bau einer rechtsrheinischen Gürtelstrecke.
- In1.7. Bau der neuen Linie 17, einer neuen Rheinbrücke zur Anbindung des Rhein-Sieg-Kreises an die linksrheinische Nord-Süd-Trasse.
- In1.8. Verlängerung der Linie 7 bis nach Langel und Verknüpfung mit neuer Linie 17.
- In1.9. U-Bahnhof Barbarossaplatz mit zweitem Verbindungsgleis zur Severinsbrücke.
- In1.10. Anbindung von Widdersdorf über die Linie 4, inklusive Haltepunkt am neuen S-Bahnhof in Bocklemünd.
- In1.11. Schaffung einer rechtsrheinischen Nord-Süd-Verbindung durch ein Verbindungsgleis zwischen Bahnhof Deutz und der Deutzer Freiheit.
- In1.12. Mitnutzung der HGK-Stadtwaldbahn als zusätzliche Gürtelbahn der KVB.

In2: Wir werden den Schienenpersonennahverkehr für Pendler*innen attraktiver gestalten. Dazu braucht Köln die Umsetzung des Bundesprojektes “Bahnknoten Köln”, in dem bis 2030 rund 3,7 Mrd. Euro in die Infrastruktur der Bahn investiert werden.

- In2.1. Ausbau der S-Bahn-Stammstrecke (Köln Messe/Deutz - Köln Hansaring) für eine 2,5 Minuten-Zugfolge.
- In2.2. Bau eines S-Bahnringes (neue Stationen Moltkestraße, Bonner Wall, Poller Wiesen, Deutz TH)
- In2.3. Zur Beschleunigung im Verkehr sollen die Strecken in die Eifel, ins Oberbergische und die Erftbahn elektrifiziert werden. Anschließend sollen sie ins S-Bahn-Netz integriert werden.
- In2.4. Neue S-Bahn nach Mönchengladbach und Bau einer S-Bahnstation Köln-Bocklemünd.
- In2.5. Ausbau der rechtsrheinischen Strecke nach Bonn zur S-Bahnlinie 13.
- In2.6. Wir wollen den Ausbau der Strecken nach Bonn und Düsseldorf.
- In2.7. Wir wollen den Bahnhof Köln Messe/Deutz zu einem zweiten Terminal für den Fernverkehr ausbauen, damit mehr Regionalzüge durch den Hauptbahnhof passen.
- In2.8. Verlängerung der Schnellfahrstrecke Köln - Rhein/Main, um den Regionalverkehr zu beschleunigen.

In3: Wir wollen, dass alle Menschen den ÖPNV auch nutzen können.

- In3.1. Wir werden die bauliche Barrierefreiheit aller Haltestellen kurzfristig verfolgen.

In3.2. Die barrierefreie Nutzung der bestehenden Anlagen wird durch eine bessere logistische und personelle Ausstattung bei der KVB umgesetzt. Störungen bei Aufzügen und Rolltreppen müssen schneller behoben werden.

In4: Das Angebot des ÖPNV wollen wir ausweiten.

In4.1. Wir werden für eine verlässliche Betriebsqualität durch Investitionen in Wartung und Personal sorgen;

In4.2. Durch neue Straßenbahnen und Busse wollen wir die Taktfrequenzen reduzieren.

In4.3. Wir werden Samstag einen 10-Minuten-Grundtakt analog zum jetzigen Montag bis Freitag-Takt einführen.

In4.4. Wir werden den Sonntags-Fahrplan durch die jetzigen Samstags-Taktung ersetzen.

In4.5. In den Abendstunden alle Linien bis zum Betriebsschluss bis zu den Endhaltestellen durchfahren lassen.

In4.6. Wir wollen den Nachtverkehr unter der Woche verlängern.

In4.7. Um das Pendeln in die Stadt mit dem ÖPNV attraktiv zu machen, wollen wir ein regionales Schnellbussystem.

In4.8. Wir werden den Rhein für den Nahverkehr nutzbar machen und durch Wasserbusse die Veedel am Rhein miteinander verbinden.

In4.9. Die Stadtteile wollen wir abseits der Innenstadt tangential besser verbinden.

In5: Wir möchten, dass alle Kölner*innen über ein Jahresticket des VRS verfügen.

In5.1. Ein von allen solidarisch finanzierter ÖPNV ist auch preislich attraktiv, damit ein Anreiz zum Wechsel des Verkehrsmittels ausgelöst wird. Das "Studioticket für alle" ist unsere Vision.

In5.2. In einem ersten Schritt führen wir kurzfristig ein Mieter*innen-Ticket für alle Mieter*innen der GAG und der künftigen zweiten Wohnungsbaugesellschaft ein.

In5.3. Wir unterstützen die SPD-Bundestagsfraktion in ihren Anstrengungen, das 365-Euro-Ticket den Kommunen für die Verkehrsverbände zu finanzieren.

In5.4. Alle Haushalte, die dauerhaft ihr Auto abschaffen, bekommen fünf Jahre freie Fahrt mit der KVB.

In5.5. Bis zur Umstellung frieren wir die Preise im VRS ein und erhöhen somit den kommunalen Anteil der Finanzierung. Dafür fließen alle Einnahmen von Parktickets zusätzlich in den Betrieb des ÖPNV.

In5.6. Wenn das Angebot so ausgebaut ist, dass wieder Platz in den Bussen und Bahnen ist, wollen wir eine kostenlose Fahrradmitnahme in der KVB.

In5.7. Neue Wohngebiete sollen ihrer künftigen Größe entsprechend, schnell angebunden werden. Dabei hat die Schiene Vorrang gegenüber der Straße.

In6: Wir werden den Nahverkehr digitalisieren.

In6.1. Die KVB bündelt alle städtischen Mobilitätsangebote, der Fahrausweis wird zum Mobilitätsschlüssel. Wir denken Mobilität integriert: Leihfahrräder, stationsbasiertes Carsharing, Ridesharing, E-Roller drängen in den öffentlichen Raum. Ob einzuführende „On Demand“-Verkehre, Mobilitätshäuser oder digitale Kompetenzen, die KVB stärkt ihre Innovationskraft durch Investitionen und Verantwortungsübernahme im Stadtwerke-Konzern. Die Quartiere der GAG werden dem entsprechend mit der KVB modellhaft weiterentwickelt.

In6.2. Wir wollen mehr digitale Zugsicherung für mehr Kapazitäten und bessere Kundeninformationen bei der KVB einführen.

ZUFUSSGEHENDE

In7: Wir werden den Fußgänger*innen den Weg frei machen für ein sicheres und angenehmes Vorankommen in der Stadt.

In7.1. Ein*e Fußgängerbeauftragte*r soll analog zum*zur Radverkehrsbeauftragte*n für die verbesserte Durchsetzung von Fußgänger*innen-Anliegen sorgen.

In7.2. Ausgehend von der Innenstadt werden kleinräumige Umgebungskarten aufgestellt, um Fußgänger*innen Wege und Entfernungen aufzuzeigen.

In7.3. Fußwege müssen freigehalten und Gehwegparken konsequent sanktioniert werden.

In7.4. Wir gestalten Stadtteilzentren so um, dass sie attraktiv für Fußgänger*innen sind.

In7.5. Dort wo Platz ist, werden kölnweit Bänke aufgestellt, um Fußgänger*innen mehr Erholungsmöglichkeiten zu geben.

In7.6. Leihfahrzeugen jeder Art sollen verbindliche Flächen zugeordnet werden, damit sie nicht den sicheren Fußweg versperren.

In7.7. Alle Kölner Schulen erhalten einen - unter Beteiligung von Schüler*innen erarbeiteten - Schulwegplan, mit dem das sichere Erreichen der Schulen möglich ist. Wir unterstützen dabei ausdrücklich das Instrument der Schulstraßen zur zeitweisen Sperrung für den Autoverkehr.

RADVERKEHR

In8: Wir stärken das Fahren mit dem Fahrrad, damit möglichst viele Wege unter fünf Kilometern mit dem Fahrrad zurückgelegt werden.

In8.1. Köln braucht dringend eine sichere Infrastruktur für den Radverkehr. Dafür wollen wir jährlich 20 € pro Einwohner*in pro Jahr ausgeben.

In8.2. Stadtweit braucht es ein zuverlässiges Hauptwegenetz für den Radverkehr, welches die Funktion von innerstädtischen Radschnellwegen leistet. Dieses wollen wir priorisiert und durchgehend ausbauen, um bequeme Verbindungen zwischen den Stadtteilen herzustellen. Dazu werden auch öffentliche Wartungs- und Reparaturstationen aufgebaut.

In8.3. Wir brauchen auch gute Querungsmöglichkeiten über den Rhein. An den bestehenden Brücken müssen einfacher zu passierende Rampen und breitere Radwege angelegt werden. Zusätzlich wollen wir neue Rad- und Fußwegbrücken zwischen Bastei und Rheinpark und zwischen Ubierring und Deutzer Hafen errichten lassen.

In8.4. Auf vielen Straßen Kölns ist eine Stärkung des Radverkehrs durch eine Neuverteilung der Flächen mit einer fairen Markierung möglich. Zur Herstellung einer schnelleren Flächengerechtigkeit wollen wir regelmäßig in verkehrsarmen Zeiten Aktionswochen für neue Straßenmarkierungen anstoßen. Analog zu "RingFrei" wollen wir bei mehr Straßen, Spuren für den Radverkehr nutzen.

In8.5. In allen Wohngebieten, wo es die Straßenbreite erlaubt, soll eine gegenläufige Öffnung für den Radverkehr vollzogen werden.

In8.6. Die Stadtteilzentren dienen der örtlichen Versorgung und werden weitgehend von Radpendler*innen befreit. Gleichzeitig werden dort wo möglich, Autoparkplätze zu Radparkplätzen umgewidmet.

In8.7. Den Umbau von für den Radverkehr gefährlichen Kreuzungen, vor allem mit den sogenannten "freilaufenden Rechtsabbiegern" forcieren wir.

In8.8. Stadtweit werden an allen Hauptverkehrsstraßen vor Ampeln Aufstellflächen für den Radverkehr geschaffen.

In8.9: Was in Köln bereits in Angriff genommen ist, soll einsehbar werden: alle geplanten Maßnahmen werden digital für alle Bürger*innen zugänglich und mit Zeitplänen transparent gemacht. Zu jeder Maßnahme werden Planungsstand, Ansprechpartner*innen, Kosten und Realisierungszeitraum hinterlegt.

In8.10. Wir streben eine Kooperation der Leihradangebote von KVB/Nextbike und DB/Ford an.

MOTORISIERTER INDIVIDUALVERKEHR

In10: Wir reduzieren den Motorisierten Individualverkehr in der Stadt.

In10.1: Verkehr aus dem Kölner Umland wollen wir durch großzügige P&R-Stationen an den zentralen Ausfallstraßen reduzieren. Durch attraktive Angebote wird dort der Umstieg auf andere Mobilitätsformen intensiviert.

In10.2: Wir befürworten den Neubau der Rheinspange-Autobahnbrücke zur Verbindung von A555 und A59 im Kölner Süden.

In10.3: Beim Neubau von Wohnungen und Büros sollen alternative Mobilitätskonzepte verpflichtend werden, die die Autonutzung auf ein Mindestmaß reduzieren. Im Gegenzug ermöglichen wir einen weitgehenden Verzicht auf den Bau von Auto-Stellplätzen. Die dadurch eingesparten Kosten zahlen Investoren anteilig in einen Mobilitätsfond ein. Mit dem starken Mobilitätsfond sollen alternative Mobilitätsformen umgesetzt werden.

In10.4: Wir wollen Parksuchverkehre in den Veedeln und das Zuparken von Gehwegen verringern, indem Kund*innenparkplätze nachts für Nachbarschaften geöffnet werden. Die Stadt soll dabei motivierend und koordinierend tätig sein.

In10.5: Als Höchstgeschwindigkeit auf den Hauptverkehrsstraßen sehen wir maximal Tempo 50, Tempo 30-Zonen sollen sukzessive stadtweit ausgeweitet werden.

In10.6: Wir wollen den Verkehrsfluss stadtweit für alle Verkehrsteilnehmer*innen verbessern. Mittel dazu ist der massive Abbau von Ampeln. Diese werden durch Kreisverkehre, Zebrastreifen und Querungshilfen ersetzt, sodass insgesamt das Vorankommen für alle Verkehrsteilnehmer*innen sicherer und bequemer möglich ist.

In10.7: Wir bringen stationsbasiertes Carsharing durch die Bereitstellung geeigneter Flächen kurzfristig in jeden Stadtteil Kölns.

In10.8: Durch einen attraktiven Nahverkehr und neue Mobilitätsformen wird die autofreie Innenstadt ermöglicht. Dafür müssen wir auch die Schließung und Nachnutzung von Innenstadt-Parkhäusern in die Wege leiten.

In10.9: Ladezonen wollen wir durch flächige Markierung am Boden für Lieferverkehre von unberechtigtem Parken freihalten.

Wirtschaftsverkehre klug stärken

In11: Wir wollen eine wirtschaftliche Stärke durch kluge Mobilität zu unterstützen. Das wachsende Güteraufkommen muss Köln mit guter und vernetzter Infrastruktur zu Wasser, auf der Schiene, auf der Straße und in der Luft beantworten.

In11.1. Für den Umschlag von Containern benötigt Köln Terminal-Anlagen in der Nähe der Aufkommensquellen. Wir setzen uns dafür ein, das Hafent-Terminalkonzept voran zu bringen und besser mit dem Schienengüterverkehr zu verzahnen. Deshalb sprechen wir uns für eine fortgesetzte Modernisierung des Niehler Hafens, einen weiteren Aufbau des Terminal Köln Nord, die intensiviere Nutzung des Terminal Köln-Eifeltor, den Ausbau des Godorfer Hafens aus und eine bessere Anbindung an Köln-Eifeltor ein.

In11.2. Unvermeidliche LKW-Fahrten sollen so kurz wie möglich bleiben. Sie sollen auf dafür vorgesehenen Hauptwegen verlaufen und die Innenstadt vermeiden. Insbesondere für die Versorgungs- und Lieferverkehre in der City sowie in den urbanen innenstadtnahen Stadtteilen werden wir mit der HGK ein Konzept für die letzte Meile aller Logistik-Unternehmen in Köln erarbeiten und umsetzen.

In11.3. Unsere Region braucht den Frachtflugverkehr, für dessen Sicherung wir uns einsetzen. Zugleich unterstützen wir die Anwohner*innen in ihrem Engagement für passiven und aktiven Lärmschutz. Die KölnSPD steht zur Stärkung des Flughafens. Gleichzeitig wird die KölnSPD auch die Arbeitsbedingungen in diesen Unternehmen im Auge behalten. Auch in den Betrieben, die vielen Menschen mit geringer beruflicher Qualifikation einen Arbeitsplatz bieten, müssen akzeptable Arbeitsbedingungen herrschen und die Beschäftigten von ihrer Arbeit leben können.

Änderungsantrag Nr. 13

Antragssteller: OV Rath/Heumar

Änderungsantrag zum Kommunalwahlprogramm

Seite 8, Zeile 315, nach „ ... deutlich erhöhen.“ einfügen:

„Als ersten Schritt werden wir bis spätestens Ende 2022 auf allen Stadtbahn- und wichtigen Buslinien einen mindestens 10minütigen Takt an Samstagen tagsüber und an Sonntagen nachmittags einführen“.

Begründung:

Die bisherigen Kapazitäten von Bus und Bahn reichen auch am Wochenende längst nicht mehr aus. Wir können durch eine Taktverdichtung kurzfristig einen Umstieg vom Auto auf den ÖPNV im Einkaufs-, Ausflugs- und Freizeitverkehr gerade auch für Pendler vom Stadtrand und dem Umland attraktiver machen. Dies ist ohne Baumaßnahmen und mit dem vorhandenen Fahrzeugpark umsetzbar. Zusätzlich erforderliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den KVB können binnen zwei Jahren eingestellt und qualifiziert werden.

Seite 8, Zeile 328, nach „ ... angebunden.“ ergänzen:

„Der Linienverkehr insbesondere der Buslinien am Stadtrand wird in die Nachtstunden hinein ausgeweitet.“

Begründung:

Aktuell enden die Querverbindungen der Veedel am Stadtrand oftmals in der Woche bereits um 20:00 Uhr. Danach sind erhebliche Umwege erforderlich. Dies entspricht nicht dem Bedarf der Bürger*innen und regt dazu an, vom ÖPNV auf Individualverkehr auszuweichen.

Änderungsantrag Nr. 14

Antragssteller: OV Nippes

Änderungsantrag zum Kommunalwahlprogramm – Kapitel Wohnen

1. Ändern Zeile 61 durch: Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit.
2. Zeile 63 – 88 bleibt
3. Danach ersetze Zeile 89-227 durch:

Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum. Leicht gesagt, aber nur schwer getan? Eigentlich nicht. Denn am Ende sind es nur sieben Punkte, die wir konsequent umsetzen müssen und werden:

Erstens: Mehr öffentlich geförderte Wohnungen bauen. Dafür wollen wir im städtischen Haushalt für die nächsten fünf Jahre 500 Millionen Euro ausgeben – und deutlich mehr Flächen für den Wohnungsbau bereitstellen, auch und gerade kurzfristig. Dabei werden wir für die Innenbereiche mehr Vorgaben machen (§34 BauGB) und städtische Flächen für gemeinnützige und geförderte Wohnungen deutlich verbilligt im Rahmen von Erbpacht abgeben. Auch Vorkaufsrechte wird die Stadt häufiger nutzen als bisher. Im Ergebnis wollen wir, dass in Köln mindestens 2500 neue preiswerte Wohnungen pro Jahr entstehen.

Zweitens: Wir werden sicherstellen, dass in allen Neubauprojekten gemeinnützige, im Rahmen von Konzeptvergaben geförderte, preisgedämpfte, freifinanzierte Wohnungen und auch Eigentum gemischt werden.

Drittens: Die Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke wird jedes Jahr 500 Wohnungen bauen und auch die GAG wird Ihre Neubautätigkeit nochmals ausweiten und 1500 Wohnungen im Jahr neu bauen oder modernisieren. Gleichzeitig fördern wir die Neugründung von Genossenschaften.

Viertens: Die bestehende Sozialbindung von Wohnungen wird überall verlängert, wo das möglich ist. Belegrechtsverträge mit entsprechenden Anreizen sorgen außerdem dafür, dass private Vermieter auch für soziale Wohnungsbelegung zur Verfügung stehen.

Fünftens: Neben den geförderten Wohnungen, wollen wir mehr gemeinnützige Wohnungen bauen - auf städtischen Grundstücken, die auf Erbpacht vergeben und mit besonderen Zuschüssen versehen wurden und die im Gegenzug für 99 Jahre nur moderate Steigerungen Mietsteigerungen auslösen.

Sechstens: Wohnungsbau wird Chefsache und in der Verwaltung verpflichten sich alle auf besondere Unterstützung für diejenigen, die bauen wollen. Bauanträge werden in 9-12 Monaten genehmigt.

Siebtens: Für bestehende Wohnungen wollen wir in einem neuen Kölner Wohnungsbündnis einen freiwilligen Mietendeckel für 5 Jahre in der Höhe der Inflation verabreden und uns im Land für eine gesetzliche Regelung einsetzen.

Damit das alles möglich wird, muss man natürlich schon früher anfangen: bei der Stadtplanung und der Flächennutzung.

Wir werden ein strategisches Flächenmanagement einführen. Hier gilt: Die Stadt darf ihren Grund und Boden nicht nach dem Höchstpreisgebot verkaufen. Das treibt erst die Grundstückspreise und dann die Mieten in die Höhe. So verhindert die Stadt geförderten Wohnungsbau. Stattdessen muss die Stadt eigene Grundstücke behalten und weitere Grundstücke durch die Nutzung ihres Vorkaufsrechts erwerben. Auf diesen Grundstücken soll sie zusammen mit privaten Projektentwicklern bezahlbaren Wohnraum schaffen. Die Flächen werden im preiswerten Erbbaurecht vergeben. Das heißt: Die Stadt bleibt Eigentümerin, aber der Bauherr kann – langfristig abgesichert - selbst die Entwicklung vorantreiben.

Außerdem geht es darum, vorhandene Baulücken konsequent zu nutzen – vom überbauten Supermarktplatz bis hin zur Aufstockung bestehender Gebäude. Last but not least werden wir Gewerbegebiete zu Mischgebieten mit Wohnanteilen entwickeln. Vorhandene Mischgebiete werden wir schützen und die Abstandsflächen kritisch hinterfragen. Wohnen, arbeiten, Erholung, Kultur, Bildung, Mobilität und Sport in einem klimagerechten Veedel gehören zusammen.

Und apropos „Mischung“: Für eine lebenswerte Stadt ohne Ghettos ist es entscheidend, dass Alt und Jung, Arm und Reich und verschiedene Kulturen Tür an Tür leben. Das geschieht nicht, indem man an einen Ort Villenviertel entwickelt und am anderen ausschließlich Sozial- oder nur freifinanzierte Wohnungen. Wir wollen stattdessen eine integrierte und gemischte Stadtentwicklung nach vorne bringen. In sozial benachteiligten Stadtteilen wollen wir verstärkt die Wohnungsaufsicht nutzen, um skrupellose Investoren zur Einhaltung der Gesetze zu zwingen.

Ordnungspartnerschaften in Kombination mit konsequenter Sozialraumkoordination und Gemeinwesenarbeit stärken zusätzlich die Lebenswürdigkeit der Veedel. Dazu gehört auch, dass die Gentrifizierung gestoppt wird. Erhaltungssatzungen und Wohnraumschutz können dazu ebenso einen Beitrag leisten wie die Schaffung von mehr erschwinglichem Wohnraum gerade in hochpreisigen Stadtteilen. Weil Grundstücke knapp sind, werden dabei mehrgeschossige Häuser oder auch einzelne Hochhäuser künftig eine größere Rolle spielen. Dazu brauchen wir ein ökologisch und sozial ausgewogenes Hochhauskonzept. Zwar kann man dafür nicht jeden x-beliebigen Standort nutzen. Aber deutlich mehr als bisher – vorausgesetzt bestehende und funktionierende Strukturen werden nicht zerstört und vorausgesetzt, die neuen Häuser werden nicht isoliert geplant, sondern von Anfang mit Blick auf eine lebenswerte und menschenfreundliche Umgebung. Soll heißen: Schulen, Kitas, ÖPNV-Anschluss, gute Rad- und Fußgängerwege, Begegnungsstätten, Kulturräume und Anschlüsse an schnelle Internetleitungen – das alles muss mit Hilfe der Konzeptvergabe Hand in Hand entstehen, damit sich am Ende eine gute urbane Lebensqualität für alle entwickeln und direkt mitgebaut werden kann. Übrigens: in erster Linie für die Bewohner dort, nicht für Tagestouristen, die etwa über Plattformen wie Airbnb Wohnungen nur für Zeit mieten. Unter dem Schlagwort „FairBnB“ treten wir deshalb für gerechte Lizenzvergaben, verstärkte Kontrollen und Vereinbarungen mit AirBnB ein.

Denn: Wohnen ist ein Grundrecht und eine sichere, intakte Wohnung ist Teil der Menschenwürde. Das gilt ganz besonders für die Schwächeren in der Gesellschaft. Doch gerade für sie – für Studierende, für Auszubildende, Familien, mobilitätseingeschränkte oder von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen gibt es derzeit zu wenig Wohnraum in Köln. Die Bedürfnisse dieser Gruppen müssen deshalb künftig eine noch größere Rolle spielen. Innovative Ideen wie etwa gemeinsame Wohnflächenkonzepte für Studierende und Azubis, kooperative und inklusive Wohnprojekte, Mehrgenerationenhäuser, Seniorenwohnen, Demenzkrankenwohngruppen, Co- und Micro-Housing müssen besonders gefördert werden. Und auch beim Wechsel in kleinere Wohnungen oder bei Untervermietungen, wo es darum geht, möglichst günstig wohnen zu können, sollen Betroffene und Wohnungssuchende künftig mehr Unterstützung erfahren, etwa durch den Aufbau einer entsprechenden Internetplattform, durch Vernetzung und Austausch oder die Einrichtung besonderer Anlaufstellen bei den Wohngenossenschaften.

Für uns hat die Lebensqualität in allen Bauprojekten höchsten Stellenwert. Wir achten auf Grünflächen und öffentliche Plätze, Treffpunkte für gute Nachbarschaft, Spiel- und Bewegungsflächen auch für die Allgemeinheit.

Doch lange bevor all diese Maßnahmen greifen können, muss Köln die bürokratischen Weichen neu stellen. Es kann und darf nicht sein, dass dringend nötiger Wohnungsbau an zu langsamen Genehmigungen scheitert. Damit künftig schneller gebaut werden kann, wollen wir:

- Wohnungsbau als Chefsache im Rathaus durchsetzen
- mehr Personal für die zuständigen Ämter einstellen
- die Entscheidungsprozesse vereinfachen und beschleunigen

- die Kompetenzen der Wohnungsbauleitstelle über verschiedene Dezernate hinweg stärken
- Politik und Verwaltung in Sachen Wohnungsbau näher zueinander bringen, vor allem durch einen gesamtstädtischen Ausschuss Wohnungsbau und verbindliche Bezirkskonferenzen, die alle wichtigen Bauvorhaben von Anfang bis Ende koordinieren und regelmäßig den Sachstand der einzelnen Projekte transparent und öffentlich begleiten
- mögliche Nutzer*innen und Anwohner*innen gleichermaßen durch Beteiligungsmöglichkeiten frühzeitig online und vor allem schneller einbeziehen
- die städtischen Wohnungsbaugesellschaften stärken und stärker fordern
- die Wohnversorgungsbetriebe ausbauen
- alle Angebote der Stadtwerke und der städtischen Töchter rund ums Wohnen bündeln und den Kölner Mietern ein attraktives Angebot im Sinne der Daseinsvorsorge anbieten.

Last but not least muss der Wohnungsbau in Köln künftig ökologischer sein als heute. Und das bedeutet in Zeiten des Klimawandels: Schon vor dem Bau müssen die Beteiligten an Kaltluftschneisen, Grünflächen, Fassaden- und Dachbegrünungen denken. Und auch Photovoltaik- bzw. Solarthermieanlagen gehören beim zeitgemäßen Wohnungsbau zu den neuen Selbstverständlichkeiten. Gleichzeitig müssen bestehende Gebäude ökologisch nachgerüstet und möglichst viele Flächen wieder entsiegelt werden. Eine One-Stop-Beratungsstelle soll insbesondere private Bauherren über all diese Themen und Fördermöglichkeiten schnell und kompetent aus einer Hand beraten.

Das mehrheitlich städtische Wohnungsunternehmen GAG hat in den vergangenen Jahren gezeigt dass Nachhaltigkeit im Wohnungsbau möglich ist. Deshalb muss die Stadt Köln ihre Tochter unterstützen, fördern und fordern, die erfolgreichen Konzepte in die Stadt tragen, damit von diesen Ansätzen noch mehr Kölnerinnen und Kölner profitieren können. Dabei sind ökologisches, soziales und wirtschaftlich sinnvolles Bauen und Bewirtschaften kein Widerspruch. Im Gegenteil: Für menschenwürdiges Wohnen müssen alle drei Komponenten ineinander greifen – im Rahmen einer ganzheitlichen Politik, die sich nicht am wirtschaftlichen Vorteil einzelner, sondern am Ziel eines guten Lebens für alle orientiert.

Änderungsantrag Nr. 15

Antragssteller: OV Nippes

Änderungsantrag zum Kommunalwahlprogramm

1. Titel ändern in: „Mit uns und mit euch. Für ein gutes Leben in Köln!“
2. Wähler*innen bitte im gesamten Programm siezen, nicht duzen.
3. Streiche in der Einleitung: „In zwölf Veranstaltungen,...das es in dieser Form noch nicht gegeben hat.“, ergänze den Satz davor wie folgt: „...Stadt geformt – getragen durch die Mitarbeit der Foren, der Arbeitsgemeinschaften, der Fachpolitiker*innen und Expert*innen der KölnSPD“.
4. Streiche Zeile 3 und 4: „Du interessierst dich für das Wahlprogramm der SPD für Köln. Super! Dafür schon jetzt vielen Dank. Wir haben viel Arbeit in das Programm gesteckt. Denn“.
5. Ändere: Aus Verkehr, Bildung und Digitalisierung eigenständige Kapitel machen. Überschrift Infrastruktur überall streichen.
6. Dementsprechend: ändere die Abkürzungen „In1“ bis „In20“, inklusive der Abkürzungen bei den Unterpunkten.
7. Hinter „Und so schaffen wir das.“ in Zeile 89, 249, 430, 619, 725, 928 und 1183 statt dem Punkt einen Doppelpunkt am Satzende setzen.
8. Streiche Titel in Zeile 61, ändere in „Wohnen. Bezahlbar. Machen“.
9. Streiche in Zeile 229: „Aber ohne Kollaps“.
10. Streiche Titel in Zeile 403, ändere in „Kostenfrei. Bildung. Für alle.“
11. Streiche in Zeile 593 hinter „Digitalisierung. Aber richtig.“, ersetze durch: Digitalisierung und Energiewende: Clever. Innovativ. Klimafreundlich.“
12. Verschiebe Zeile 645-655, Unterpunkt In18 zu In9 und damit in das Kapitel Schule.
13. Streiche in Zeile 698 „Aber hallo.“, ändere in: „Im Veedel.“
14. Schreibe in Zeile 827 bei Z4.3 „Bezirks-SV“ aus (Bezirksschülervertretungen).
15. Ergänze „weiterhin“ in Zeile 829 bei Z.4.4 hinter „wir“.
16. Unterpunkt Z7.1 in Zeile 876 inhaltlich ausführen und beschreiben, was „Frühen Hilfen“ sind oder ersatzlos streichen.
17. Streiche Titel in Zeile 908, ändere in: „Arbeit. Sozial. Sicher.“
18. Streiche in Zeile 922: „Das Tafelsilber steht nicht zum Verkauf!“
19. Streiche in Zeile 927: „Eigentlich kaum zu glauben, dass es die noch gibt.“
20. Streiche in Zeile 1170: „Aber für alle“, ändere in: „Für alle.“

Änderungsantrag Nr. 16

Antragssteller: OV Nippes

Änderungsantrag zum Kommunalwahlprogramm (Kapitel Bildung)

1. Streiche Titel in Zeile 403, ändere in „Kostenfrei. Bildung. Für alle.“
2. Streiche Zeile 405 bis 589, ersetze durch:

Eines der wichtigsten Themen unserer Zukunft ist die Bildung. Mit Bildung kann der Traum vom Aufstieg, Kerngedanke der Sozialdemokratie, gelingen. Dabei bedeutet Aufstieg für jeden etwas anderes. Auf dem Weg dahin wollen wir jeden Kölner, jede Kölnerin – vom ersten Tag des Lebens bis ins hohe Alter – gute Bildung anbieten. Wir sind davon überzeugt, dass jede und jeder Fähigkeiten und Begabungen besitzt, die sie oder er in die Gesellschaft einbringen kann. Wir müssen unsere Bildungsgesellschaft so weiterentwickeln, dass jeder Mensch seinen Platz findet und zwar unabhängig von dem jeweiligen kulturellen und sozialen Hintergrund oder individuellen Beeinträchtigungen. Wir setzen uns, auch in der Bildung, für Integration und Inklusion ein. Beides sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Dafür stehen wir besonders in der Bildung ein.

Gerechte Bildungspolitik heute ist der Grundstein sozialer Gerechtigkeit von morgen. Das Programm „Kölner Kinder stärken! – 184 Tausend junge Chancen fördern, Teil des Landesprogramm „Kommunale Präventionsketten NRW“ (ehemals „Kein Kind zurücklassen!“), begreifen wir als Chance um einen roten Faden in Kölns Präventionspolitik zu bekommen. Dafür denken wir Jugendhilfe und Schulpolitik zusammen. Mit einem erweiterten Bildungsverständnis wollen wir sowohl die Realisierung der Lebensträume junger Menschen ermöglichen als auch mündige Bürger in unsere Stadtgesellschaft aufnehmen.

Da sowohl familiäre Ressourcen als auch das direkte Nahumfeld von Kindern und Jugendlichen bedeutend für das Aufwachsen sind, verfolgen wir die Vision von lokalen Bildungslandschaften in allen Kölner Stadtteilen.

Bildung muss dabei im gesamten Lebenslauf beitragsfrei sein. Noch immer ist Bildung und Teilhabe abhängig vom Geldbeutel der Eltern und dem sozialen Hintergrund der Familien. Schulen in Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen brauchen mehr Unterstützung. Personelle und finanzielle Ressourcen müssen deshalb in diesen Schulen deutlich gestärkt werden – auch in Hinblick auf die Schulsozialarbeit. Dies wollen wir mit der Stärkung unseres schulscharfen Sozialindex erreichen.

Das reicht aber nicht. In Köln stehen wir vor einem „Bildungsnotstand“. Zu große Klassen, volle Schulen, sanierungsbedürftige Schulen mit Containern auf dem Hof oder Schulbauten, die erst gar nicht entstehen. Köln platzt aus allen Nähten und hat dementsprechend mehr Schüler*innen. Was seit Jahren fehlt sind die entsprechenden Schulen in den Veedeln. Köln hat eine bundesweite gelobte Schulbaurichtlinie. Auf dieser Basis muss unsere Stadt

jetzt und in den nächsten zehn Jahren mindestens 50 neue real existierende Schulen bauen! Mit weniger Bürokratie, aber mit höchster Priorität!

Jedes Kind muss dabei idealerweise einen Platz in der Schulform bekommen, die es sich wünscht. Gerade Gesamtschulen wollen wir bei der Weiterentwicklung der Kölner Schullandschaft fördern, denn diese haben in den vergangenen Jahren viele gute Erfahrungen gesammelt und beeindruckende Erfolge für den Bildungsaufstieg vorzuweisen. Diese und die Erfahrungen aller anderen Schulformen wollen wir dabei mit einbeziehen.

Wir setzen uns für kreative Flächenkombinationen ein. Kita-, Schul- und Wohnungsbau sind für uns genauso gut auf einer Fläche zu realisieren wie die Verbesserung der kommunalen Sportinfrastruktur durch den Bau von Gebäuden, in denen Umkleiden und Kindertagesstätten gemeinsam untergebracht werden.

Wir wollen außerdem ein stärkeres Engagement der Wirtschaft ermöglichen und die Schaffung von Betriebs-Kitas erleichtern. Für die Bedarfe durch veränderte Arbeitszeiten und Schichtarbeit müssen auch im System der Kinderbetreuung passgenaue Lösungen gefunden werden. Der Platzausbau zieht auch einen Fachkräftemangel nach sich, der sich zunehmend verschärft. Dem Mangel an schulischen Ausbildungsplätzen werden wir aktiv in Zusammenarbeit mit der Landesebene entgegenwirken.

Um den Bedürfnissen von Familien in der heutigen Zeit gerecht zu werden, fördern wir den Ganzttag. Wie auch die Kitas, sollen Ganztagschulen es schaffen, Familie und Beruf miteinander vereinbar zu machen. Dabei muss die Ganztagschule ein Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot sein, das den Kölner Familien kostenfrei, zur Verfügung gestellt wird. Wir erwarten vom Land ein Konzept und werden den Rechtsanspruch den die SPD in der Bundesregierung durchgesetzt hat auf einen Ganztagsplatz in Köln unterstützen.

Für den qualifizierten Ausbau des Ganztagsangebotes ist ein eigenes Baumaßnahmenprogramm von zentraler Bedeutung damit in den Küchen und Mensaräumen ein gesundes Essen für alle Kinder angeboten werden kann. Zurzeit werden die Ganztagsplätze durch diese fehlenden Kapazitäten begrenzt.

Allerdings heißt Bildung für uns auch Berufsbildung und Weiterbildung. Kölner Berufskollegs bilden eine wichtige Säule in der Kölner Schullandschaft. Sie bieten für Jugendliche vielfältige Wege für einen qualifizierten Schulabschluss mit intensiven Unterstützungsmaßnahmen. Die duale Ausbildung gilt es auszubauen. Der Kölner Campusgedanke ist hier eine wichtige Grundlage. Die Schulen des zweiten Bildungsweges, wie z. B. die Tages- und Abendschule Köln (TAS), sind zentrale Angebote für eine gelingende Integration besonders der Neuzugewanderten. Auch in diesen Bildungseinrichtungen – Volkshochschule und Stadtbibliothek eingeschlossen – wollen wir gute Bedingungen für Lernende wie Lehrende schaffen.

Bildung hört nicht nach der Schule auf! Wir nehmen Bildung überall und im gesamten Leben von Menschen in den Blick. Für uns ist Lernen im 21. Jahrhundert nicht mehr nur die Aneignung von Wissen – wir sehen auch die emotionale, soziale gesundheitliche und kulturelle Entwicklung aller Menschen.

Bildung braucht für all dies eine gute, solide Finanzierung! Die ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit. Daher müssen wir uns auch in Köln auf die Ressourcenfrage konzentrieren und unsere Forderungen mit den notwendigen Mitteln hinterlegen. Wenn wir bei der Bildung sparen, wird sich das irgendwann rächen. Dabei müssen wir als Kommune nicht alle Fehler und Aufgaben des Landes ausgleichen können. Was wir dringend benötigen ist eine neue Verantwortungsgemeinschaft zwischen Bund, Land und Kommune. Zuständigkeiten sind für Familien - aber auch für Schulen - nicht mehr durchschaubar und Strukturen so angelegt, dass sie Prozesse eher lähmen als Lösungen auf akute Probleme bereitstellen. Dies wird sichtbar z.B. bei der Finanzierung des Ganztages, einer Schulbaurichtlinie oder bei der Finanzierung des Digitalpaktes.

Gute Bildung ist unsere wichtigste Ressource und unsere beste Investition in die Zukunft – gerade in Zeiten von Populismus und steigendem Vertrauensverlust in die Demokratie.

Uns so schaffen wir das.

In9: Wir machen Bildung kostenfrei für alle.

- In9.1. Wir fordern vom Land, dass Kitas für alle Kinder kostenfrei werden.
- In9.2. Wir setzen den Ausbau von städtischen Kita-Plätzen fort, um die Betreuungsquoten zu erhöhen.
- In9.3. Auch die Ganztagschule soll kostenfrei werden. Wir verstehen Schulen als Orte des bürgerschaftlichen Gemeinwesens: Sie erfüllen integrative Funktionen im Veedel und sind offen für außerschulische Aktivitäten.
- In9.4. Wir erhöhen die kommunale Schülerpauschale für Sach- und Lernmittel und setzen uns für Lernmittelfreiheit ein.
- In 9.5. Köln braucht einen schulscharfen Sozialindex. Nur so kann Bildungsgerechtigkeit auch über die Ressourcenverteilung gesteuert werden. Schulen in Veedeln mit besonderen sozialen Herausforderungen brauchen mehr Unterstützung. Es kann und darf nicht sein, dass die Übergangsquote von der Grundschule auf das Gymnasium in einigen Stadtteilen quasi hundert Prozent beträgt und in anderen Stadtteilen viel weniger Kinder dies schaffen. Die Eingruppierung der Schulen in die verschiedenen Kategorien muss nicht-öffentlich geschehen, um eine Stigmatisierung der Schulen und vor allem der Schüler*innen zu verhindern.

In10: Wir bauen neue Schulgebäude und fördern Gesamtschulen.

- In10.1. Städtische Grundstücke für den Schulbau sollen dort erworben und genutzt werden, wo der Bedarf am größten ist. Wo neuer Wohnraum entsteht, werden wir städtische Kitas und Schulen sofort mitplanen und bauen. Die Stadt Köln soll hierfür verstärkt von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen.
- In10.2. Wir wollen Bauvorhaben durch innovative Vergabeformen beschleunigen. Die Kölner Schulbaurichtlinie ist bundesweit Vorbild. Zusätzlich werden wir die kommunale Bauaufsicht dazu bringen, die Ermessensspielräume der Landesbauordnung bei Schulbauten künftig auszuschöpfen: Schulbauten können dann beispielsweise höher gebaut werden oder Schulhöfe so gestaltet werden, dass mitten in der Stadt auch der engste Raum effektiv und nachhaltig genutzt wird.
- In10.3. Wir werden die städtischen Gebäudewirtschaft und anderer am Schulbau beteiligten technischen Ämter stärken – zum Beispiel die Bauaufsicht oder das städtische Planungsamt. Dazu wollen wir gutdotierte technische Stellen schaffen, um das Interesse von externen Fachkräften zu erhöhen.
- In10.4. Im Vergleich mit anderen Schulformen haben Gesamtschulen für uns höchste Priorität. Bei Planung und Bau von weiterführenden Schulen werden wir konsequent auf den Neu- und Ausbau von Gesamtschulplätzen setzen.

In11: Wir entwickeln Schulgebäude weiter und neu.

- In11.1. Wir forcieren Maßnahmen zur Instandsetzung und zur Erhaltung bestehender Schulgebäude, vor allem mit Blick auf die sanitäre Ausstattung. Schulen stellen wir eigene Küchen zur Verfügung, wo dies baulich machbar ist.
- In11.2. Außerdem werden wir eine Bereitstellung der nötigen Flächen und Räume vorantreiben, um sowohl die Inklusion, als auch G9 schnell und bestmöglich umzusetzen.
- In11.3. Wir sind der Überzeugung, dass Schulhöfe als attraktive und grüne Bewegungsräume gestaltet werden müssen. Wir wollen deshalb die Schulgärten stärken und zum Beispiel die Ansiedlung von Tieren fördern, etwa in Form von Bienenstöcken, Hühnergehegen oder Schulhunden.
- In11.4. Die Öffnung von Schulhöfen als Bewegungsräume für die Öffentlichkeit wollen wir unterstützen. Wir werden deshalb auch durch entsprechende Mittel die Reinigung der Schulhöfe vor Unterrichtsbeginn veranlassen, etwa durch Servicekräfte der AWB.
- In11.5. Auch Sporthallen und Sportplätze wollen wir attraktiver und umweltfreundlich gestalten. Diese sollen auch weiterhin offen für Vereine aus den Veedeln sein.
- In11.6. Gutes, gesundes und regionales Essen ist uns wichtig. Deshalb sollen Schulen Mittagessen in eigenen Mensen, wo es möglich ist, anbieten.
- In11.7. Insgesamt wollen wir, wo es nur möglich ist Freiräume ermöglichen. Kinder und Jugendliche brauchen Plätze und Räume in unserer Stadt. Bei

der Sanierung und Neuanlage von Spielplätzen wollen wir das Nadelöhr der personellen Ressourcen beseitigen. Damit unsere Kinder und Jugendliche spielen und sich entwickeln können, brauchen wir aber auch mehr und besser ausgestattete Anlauf- und Treffpunkte. Unter anderem streiten wir daher weiterhin für die Einrichtung einer offenen Jugendeinrichtung mit medienpädagogischem Schwerpunkt.

In12: Wir stärken den kostenlosen Ganzttag.

- In12.1. Wir werden für den Ganztagsbetrieb den Ausbau von Mensen und zusätzlichen Räumen für die Offenen Ganzttagsschulen (OGS) fördern. Wir werden diese Maßnahme in das priorisierte Bauprogramm der städtischen Gebäudewirtschaft aufnehmen.
- In12.2. Wir setzen uns für den gebundenen Ganzttag ein. Den Schulen lassen wir aber die Wahlfreiheit auch mit Trägern zusammenarbeiten, die ihre Fachkräfte nach Tarif bezahlen.
- In12.3. Wir werden ein Ferienprogramm für Kinder und Jugendliche bereitstellen, das die Kinderbetreuung in den Sommerferien ergänzt. OGS-Ferienbetrieb und Ferienprogramm sollen miteinander abgestimmt werden: Sie sollen sich ergänzen und Kinder und Jugendliche über die gesamte Ferienzeit betreuen – nicht nur in den Schulgebäuden, sondern auch an außerschulischen (Lern-) Orten.
- In12.4. In den Stadtbezirken Chorweiler, Mülheim, Kalk und Porz wollen wir die Quoten der OGS gezielt steigern.

In13: Wir informieren besser über Bildungsangebote.

- In13.1. Wir werden in Köln eine flächendeckende Familienberatung etablieren. Über Bildungsangebote der Stadt werden wir die Beratungsstellen gezielt informieren lassen. Dabei verbessern wir das Informationsangebot des Kölner Bildungsservers.
- In13.2. Die dezentrale Beratung in den jeweiligen Schulen stärken und fördern wir.
- In13.3. Der Erhalt und die Stärkung der kommunalen Koordinierungsstelle des Programms "Kein Abschluss ohne Anschluss ("KAoA") ist uns von großer Bedeutung. Wir werden uns deshalb für eine bessere Berufsberatung stark machen, ebenso für ein besseres, von der Stadt gestütztes Übergangsmangement von der Schule zum Beruf.

In14: Wir stärken die Sozialarbeit an Schulen.

- In14.1. Das Angebot von Schulsozialarbeit wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Land stärken und ausbauen.
- In14.2. Für unser Verständnis von Sozialarbeit gilt: Nicht der Standort der Schule, sondern das Bedürfnis des einzelnen Kindes ist der Maßstab. Wir wollen deshalb erreichen, dass kommunale Ressourcen und alle

Förderungsprogramme des Landes, des Bundes und von anderer Stelle durch den Filter des Sozialindexes verteilt werden, und zwar kindbezogen.

In15: Wir fördern den Sport.

- In15.1. Wir werden in Köln weiterhin einen vielseitigen Breitensport gewährleisten, und deshalb die Förderung von Sportvereinen verbessern. Dabei werden wir bürokratische Hürdenläufe unterbinden und die Verwaltung zur vollen Unterstützung anhalten. Ehrenamtliche Vereine sollen ihre Zeit für Mitglieder und den Sport einsetzen, nicht für die Bürokratie.
- In15.2. Wir werden in Stadt und Veedel moderne Sportanlagen bauen und mehr großflächige Bewegungsräume erschließen. Die Menschen sollen auf diese Anlagen stolz sein und sie als Treffpunkt und Anker für gesellschaftliche Aktivitäten nutzen. Dabei kümmern wir uns insbesondere um die Frei- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche, aber auch um die Spielräume für Vereine. Sie sollen gute Bildung und Integration durch Sport ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir noch mehr Tennisplätze in Kunstrasenplätze umwandeln.
- In15.3. Wir werden uns für den Neubau eines Schwimmbades einsetzen, das für den öffentlichen, aber auch für den Schul- und Vereinssport geeignet ist.
- In15.4. Wir werden die Sportentwicklungsplanung weiter prüfen und durch Pilotprojekte vorantreiben.
- In15.5. Köln ist ein Leuchtturm des deutschen Spitzensports. Durch eine gute Infrastruktur wollen wir jedem Verein die Möglichkeit zum Aufstieg geben, damit er national und international präsent sein kann.
- Unser Maßnahmenpaket im Einzelnen:
 - o Ausbau und Überdachung des Radstadions zu einem Landesleistungsstützpunkt für Bahnradsport mit multifunktionaler sportlicher Innenraumnutzung.
 - o Erweiterung des Trainingsgeländes des 1.FC Köln am Geißbockheim, und zwar um ein Nachwuchsleistungszentrum mit Öffnung für den Breitensport.
 - o Errichtung eines inklusives Sportzentrum in Köln-Stammheim mit Neubau einer Sporthalle für max. 1.000 Zuschauer, vorrangig für Rollstuhlbasketball und einer Doppeleishalle für Eishockey und Para-Eishockey.
 - o Ausstattung von je zwei Sporthallen links- und rechtsrheinisch für den Sportwettkampfbetrieb, mit einer Fassungskapazität von jeweils 1.000 Zuschauer.
 - o Errichtung eines zweitligatauglichen Fußballstadions in Köln-Stammheim.
- In15.6. Durch die „SPD-Sportkonferenz“ werden wir die Möglichkeiten zum direkten Austausch mit den Akteuren der Sportentwicklungsplanung erhalten.
- In15.7. Wir werden die erfolgreichen Programme „Sport in Metropolen“, „Mitternachtssport“, „Sicher schwimmen“ und Sportbetonte Schulen“

weiterführen. Mit dem Stadtsportbund haben wir in dieser Hinsicht einen zuverlässigen Partner.

In16: Wir stärken Stadtbibliothek und Volkshochschule.

- In16.1. Die Stadtbibliothek werden wir erhalten, stärken und die Öffnungszeiten auch am Wochenende ausweiten. Wir werden vor Ort gute Ideen und innovative Projekte fördern, wie etwa die Stadtteilbibliothek Kalk. Außerdem werden wir dafür Sorge tragen, dass die E-Learning-Angebote von städtischen Trägern kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
- In16.2. Wir werden die Zusammenarbeit der Stadtbibliotheken mit den Kitas und Schulen weiter ausbauen. Bereits die Kleinsten sollen an dieses Bildungsangebot herangeführt werden. Wir sagen: In die Schultüte gehört ein Büchereiausweis!
- In16.3. In den Kölner Stadtbezirken wollen wir die dezentrale Bildungsarbeit ausbauen und stärken, insbesondere die Arbeit der Volkshochschule. Wir leisten dadurch einen Beitrag zu einer verbesserten Bürger- und Sozialraumorientierung. Der Ausbau der Bildungsberatung in öffentlicher Verantwortung bei der VHS soll den Menschen in Köln neue Perspektiven eröffnen.
- In16.4. Zusätzlich werden wir die Angebote zum Nachholen von Schulabschlüssen ausbauen, etwa an der Tages- und Abendschule.

NEUIn17: Wir digitalisieren unsere Bildungseinrichtungen.

- In17.1. Wir werden die Schulen mit neuen Medien ausstatten, und zwar in Verbindung mit pädagogischen Einsatzkonzepten. Für die Hard- und Softwarepflege werden Schulen durch IT-Fachkräfte und Fortbildung der Lehrkräfte unterstützt. Die Stadt muss sicherstellen, dass die Kosten für Betrieb, Wartung und IT-Support – auch der vom Digitalpakt geförderten Infrastrukturen – dauerhaft zur Verfügung stehen. Digitalisierung ist ein fortlaufender Prozess.
- In17.2. Die Schulen dürfen im Alltag nicht alleine gelassen werden. Professionelle Betriebs- und Supportstrukturen müssen unterstützen. Damit können die steigende Zahl der digitalen Geräte sicher und effizient betrieben sowie Betriebsstandards auch für die digitale Infrastruktur in den Schulen sichergestellt werden.
- In17.3. Ein zentraler kommunaler Schul-IT-Betrieb entlastet die Schulen von IT-Administrationsaufgaben, schafft Synergien bei Betriebsaufgaben, die einmal für alle Schulen geleistet werden können, und professionalisiert den IT-Betrieb und IT-Support. Mit einem solchen Modell können zudem dauerhaft die Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit im sensiblen Anwendungsfeld Schule garantiert werden. Landesweite Mindeststandards für den IT-Betrieb könnten über den Dachverband der kommunalen IT-Dienstleister – KDN – weiterentwickelt und umgesetzt werden. Der NetCologne Schulsupport tut dies bereits an 600 Schulen im Raum Köln-Bonn. Wir befürworten eine Ausweitung und Intensivierung der Arbeit des Schulsupports von NetCologne.

- In17.4. An den VHS-Standorten werden wir die Infrastruktur für digitale Bildung gewährleisten. Dazu gehört ein leistungsfähiges WLAN, aber auch die konkrete technische Ausstattung, wie ActiveBoards oder ähnliche Mittel.
- In17.5. Wir werden alle Schulen mit einer SchulApp ausstatten. Sie soll Schüler*innen und Lehrer*innen die Möglichkeit zur digitalen Datenablage liefern und als Kommunikationsplattform dienen.

Änderungsantrag Nr. 17

Antragssteller: OV Weiden/Lövenich/Widdersdorf/Junkersdorf

Kommunalwahlprogramm 2010 - Köln für alle. Machen!

Änderungsantrag zu Wi6.5. (Zeilen 1068 + 1069, Großmarktverlagerung)

Ersatz der Zeilen 1068 und 1069 durch den Passus:

Wi6.5. Wir stehen für eine klare Lösung für die Verlagerung des Großmarkts an einen neuen, geeigneten Standort und sichern damit diesen wichtigen Bestandteil der städtischen Daseinsvorsorge.

Erläuterung: Die Worte „nach Marsdorf 1068“ sind durch den Passus an „einen neuen, geeigneten Standort“ ersetzt.

Änderungsantrag Nr. 18

SPD Ortsverein Weiden/Lövenich/Junkersdorf/Widdersdorf

Geänderter Antrag zu WoPo 3 (neuer Gesamttext)

Wohnungsbau in Weiden – Antrag zum Parteitag am 23.11.2019

1. Der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln wird empfohlen, bei der Realisierung einer Bebauung „Nördlich Kronstädter Straße in Köln-Weiden“ mit geeigneten Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass die dort bereits durch eine Handelsgärtnerei überbaute Gebäudegrundfläche nicht ausgedehnt wird.
2. Darüber hinaus wird die Ratsfraktion gebeten, darauf hinzuwirken,
 - dass der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen auf 50% erhöht wird,
 - dass eine leistungsfähige Fahrradverbindung zur Straßenbahnhaltestelle Bahnstraße incl. eines Fahrradparkplatzes eingerichtet wird,
 - dass die Barrieren auf der Jungbluthgassenbrücke im Interesse einer gleichmäßigeren Verteilung des PKW-Verkehrs auf alle angrenzenden Stadtteile beseitigt werden,
 - dass ein Raum zu Treffen und Begegnung für die Bürgerinnen und Bürger im Nahumfeld eingerichtet und vorgehalten wird,
 - der restliche Grünzug in kommunales Eigentum überführt und dauerhaft gestaltet wird, wobei auf Basis einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der o.g. Großinvestor zur Finanzierung des Grunderwerbs herangezogen werden sollte.
3. Die Ratsfraktion wird weiter gebeten,
 - eine Ergänzung der geplanten Erweiterung der P+R-Anlage Weiden-West durch eine Überbauung mit einer innovativen, grünflächenneutralen Wohnanlage im Geschosswohnungsbau zu prüfen und ggf. nach Möglichkeit zu initiieren. Die Bau- und Betriebsträgerschaft sollte dabei in gemeinnütziger Verantwortung (z.B. GAG) wahrgenommen werden, eine sozial gemischte Vermietung gewährleisten und ein angemessenes Infrastrukturangebot (Kita, Supermarkt, ...) umfassen;
 - ein vergleichbares Konzept auch für andere Flächen mit bisher nur trivialer Ein-Ebenen-Nutzung , z.B. für die P+R-Parkanlage Marsdorf, zu prüfen und ggf. nach Möglichkeit zu initiieren. Vergleichbares gilt auch längerfristig für das Areal am Bahnhof Weiden-West nördlich des Bahndamms;
 - darauf hinzuwirken, dass bei sich ergebenden Planungen, z.B. bei Architektenwettbewerben, die Bürgerinnen und Bürger der Nachbarschaft aktiv beteiligt werden.

Begründung

Zu 1. Im Jahr 2005 wurde mit dem von CDU und den Grünen gegen die Position der SPD im Stadtentwicklungsausschuss beschlossenen Bebauungsplan zugunsten einer Handelsgärtnerei diese Fläche mit dem Anschein einer Grünfläche versehen und einer echten Grüngestaltung nachhaltig entzogen. Unser Votum damals entsprach der Einschätzung sowohl des SPD-Ortsvereins als auch der vieler Bürger/innen und Bürgerinitiativen, dass weder die Infrastrukturkapazitäten in Weiden (Straßen, Schulen, etc.) noch die stadtklimatischen Erfordernisse mit einer

massierten, weiteren Bebauung an dieser Stelle in Weiden vereinbar waren. An dieser Sachlage hat sich nichts geändert.

Zu 2. Bei der angesprochenen Bebauung müssten die erforderlichen Anpassungen der Infrastruktur inklusive einer gesicherten, öffentlichen Grünfläche in die Wege geleitet werden.

Zu 3. Mit einer Überbauung der P+R-Anlage Weiden-West ließe sich ein empfindlicher Beitrag zur Entspannung des Wohnungsmarktes leisten, der zugleich weder mit einem Verlust an Grünfläche noch mit einem nennenswerten Anwachsen des örtlichen PKW-Verkehrs verbunden ist. Unter dem Vorbehalt der Genehmigungsfähigkeit neben der nahen Hochspannungstrasse ließe das Areal bei einer Ausdehnung der P+R-Anlage in die Tiefe und einer entsprechenden Bebauungsplanung eine Überbauung mit einigen hundert Wohneinheiten zu.

Weder die KölnSPD noch die Stadtgesellschaft sollten sich von Immobilieninvestoren treiben lassen. Maßnahmen zur Entspannung des Wohnungsmarktes sind im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung als Teil der Daseinsfürsorge zu verstehen. Deshalb ist ein deutlich verstärktes Engagement gemeinnütziger Träger für Bau und Betrieb von großen Wohnanlagen dringend geboten. Dadurch wäre es möglich, bei der hohen Siedlungsattraktivität der Metropole Köln trotz der unumgänglichen Besiedlungsverdichtung sowohl einen stadtklimatisch wirksamen Grünanteil als auch eine gezielte Durchmischung der Stadt sowohl in sozialer Hinsicht als auch mit Blick auf die Lebensräume von Wohnen, Einkaufen und Erholen systematisch zu gestalten.

Änderungsantrag Nr. 19

Antragssteller: OV Kalk

Der Parteitag der KölnSPD möge mit Bezug auf den Entwurf des Kommunalwahlprogramms "Köln für alle. Machen!" zum Thema Bildung aufgrund der durch den OV Köln Kalk-Humboldt/Gremberg gestellten Änderungsanträge folgendes beschließen:

Änderungsantrag Nr.1: Offener Ganzttag / ergänzen nach Zeile 496 (S.13):

Keine Dumpinglöhne im Bildungsbereich: Die Pädagogischen Mitarbeiter*innen, die Kinder und Jugendliche engagiert betreuen, müssen besser bezahlt werden. Die Stadt wird nur noch mit Trägern zusammenarbeiten, die den Mitarbeiter*innen im Offenen Ganzttag einen Lohn in Höhe des Öffentlichen Dienstes (TVÖD) zahlen. Zur Förderung der Qualität der täglichen Betreuung von Kindern und Jugendlichen werden wir werden mehr pädagogisches Personal anstellen bzw. die Stundenzahl erhöhen und einen der wichtigen Aufgabe des Offenen Ganztags angemessenen Personalschlüssel und Qualitätsstandards (pädagogisch, räumlich) festlegen.

Änderungsantrag Nr.2: VHS / ergänzen in Zeile 587 (S.14):

Die Volkshochschule soll allen Bürger*innen offen stehen – egal welche Bildung sie bisher genießen konnten. Die VHS ist ein Ort des lebenslangen Lernens und der Bildung für alle. Entsprechend werden wir das Angebot der Volkshochschule entsprechend dem Bedarf erweitern und die Beiträge für die Teilnehmenden senken. Kürzungen lehnen wir ab und werden sie rückgängig machen. Die Kursleiter*innen an der VHS werden wir aus der Prekarität herausholen. Die arbeitnehmerähnlich beschäftigten Lehrkräfte werden wir in Festanstellung beschäftigen. Alle Honorarkräfte werden wir sozial besser absichern durch Honorarfortzahlung im Krankheitsfall und einen Honorarzuschuss, der dem Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungskosten entspricht. Alle Lehrkräfte müssen gleich bezahlt werden – wir gleichen den Stundensatz an den der Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache an.

Änderungsantrag Nr.3: Rheinische Musikschule / ergänzen in Zeile 591 (S.14):

Musikalische Bildung muss allen Bürger*innen ermöglicht werden – auch solchen, in deren Umfeld das Erlernen eines Instruments nicht selbstverständlich ist. Deshalb werden wir das Angebot der Rheinischen Musikschule angesichts der vollen Wartelisten ausbauen und die Teilnehmerbeiträge senken, bei gleichzeitigem Erhalt der Unterrichtsqualität. Die prekäre Arbeitssituation der Musiklehrer*innen werden wir ähnlich wie an der VHS verbessern und die drohenden Kürzungen zurücknehmen.

Zur Verbesserung der prekären Arbeitssituation an der Rheinischen Musikschule werden wir:

- den Anteil der in Festanstellung arbeitenden Musikschullehrer*innen weiterhin deutlich ausbauen,
- alle Honorarkräfte sozial besser absichern durch Honorarfortzahlung im Krankheitsfall
- und alle Musikschullehrer*innen wie im Öffentlichen Dienst (TVÖD) entlohnen und dies dauerhaft festschreiben.

Änderungsantrag Nr. 4: Bereich Bildung / ergänzen in Zeile 487 (S.12):

Alle Menschen, die an den Schulen arbeiten – auch Reinigungskräfte – werden wir durch die Stadt anstellen und/oder wie im öffentlichen Dienst bezahlen. Kein Outsourcing und keine Billiglösungen im Bildungsbereich.

Änderungsantrag Nr. 20

Antragssteller: OV Kalk

Der Parteitag der KölnSPD möge mit Bezug auf den Entwurf des Kommunalwahlprogramms "Köln für alle. Machen!" zum Thema Wohnen aufgrund der durch den OV Köln Kalk-Humboldt/Gremberg gestellten Änderungsanträge folgendes beschließen:

Änderungsantrag Nr.1

- **Seite 3: Ergänze unter dem Kapitel ‚Wohnen‘ in den Zeilen 67 - 69 (Ergänzungen sind unterstrichen):**"Bezahlbares Wohnen ist deshalb eines unserer wichtigsten Anliegen", denn Wohnen ist Menschenrecht. "Dazu müssen bereits bestehende Wohnungen wieder bezahlbar werden, es müssen aber auch viel mehr neue, bezahlbare Wohnungen gebaut werden". Dafür zu sorgen ist Kernaufgabe der Stadt und des Staates.

Begründung:

Wir müssen feststellen, dass in der Realität deutlich zu wenig Wohnraum geschaffen worden ist. Zuletzt haben wir diese Aufgabe zu oft den Kräften des Marktes anvertraut. Die Verantwortung der Stadt muss nun wieder deutlicher als bisher formuliert und eingefordert werden, weil die Stadt und ihre Vertreter letztlich auch den Bürger*innen gegenüber Rechenschaft abzulegen haben. Wohnen erfüllt menschliche Grundbedürfnisse und Köln muss dafür Sorge tragen, dass die Menschen unabhängig ihres Geldbeutels und auch in Zukunft ihre Wohnungen bezahlen können.

Änderungsantrag Nr. 2

- **Seite 3: Wo1.1.: Ergänze Zeile 93 - 94:**
"Wir wollen die Quote für öffentlich geförderten Wohnraum" auf mindestens 50% "erhöhen, um bei allen Vorhaben des Bebauungsplans einen bezahlbaren Wohnungsbau zu gewährleisten".

Begründung:

In Anbetracht des Umstands, dass rund 50 % der Kölner*innen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben, sehen wir 50 % öffentlich geförderten Wohnraum als ein legitimes Ziel.

Änderungsantrag Nr. 3

- **Seite 5: Ersetze WO4.4 Zeilen 154 - 155:**
"(...) städtische Bau-Gesellschaft gründen - für schlanke Prozesse und konkrete Ergebnisse im Auftrag der Stadt Köln".
durch: Eine städtische Bau-Gesellschaft ist mit dem Ziel zu gründen, auch zu 100% staatlich finanzierte, städtische Wohnungen in verantwortungsvollem

Umfang zu errichten, sowie für schlanke Prozesse und konkrete Ergebnisse im Auftrag der Stadt Köln zu sorgen.

Begründung:

In Anbetracht des lukrativen Wohnungsbaumarkts und der niedrigen Kreditzinsen muss die Stadt eigenverantwortlich - im Interesse der Bürger*innen und im eigenen Interesse - Wohnraum errichten können. Dies ist eine wichtige Erweiterung der Möglichkeiten, um unabhängiger vom Markt für die berechtigten Erwartungen der Menschen und ihrer Daseinsfürsorge arbeiten zu können.

Änderungsantrag Nr. 21

Antragssteller: Jusos

Änderungsantrag zum Kommunalwahlprogramm 2020

Seite 6

Ab Z. 228

228 Neu WO8 Wir fördern Wohnraum für Studierende und Auszubildende
229 Als Universitätsstadt suchen jährlich tausende Erstsemester bezahlbaren
Wohnraum in Köln.
230 Dazu kommen mehrere tausend Auszubildende, die während ihrer
Ausbildungszeit nur ein 231 kleines Einkommen haben, wodurch es fast
unmöglich ist, eine bezahlbare Bleibe in Köln zu
232 finden. Wir setzen uns verstärkt dafür ein, dass vermehrt Wohnraum für junge
Menschen
233 entsteht, die in Köln ihre berufliche Ausbildung erhalten. Ähnlich wie nach dem
Modell des
234 Studierendendorfs in Hürth Efferen wollen wir in einem Kölner Stadtteil
(beispielsweise
235 Mülheim, Merheim oder Chorweiler) eine Unterkunft für Studierende und
Auszubildende.

S. 12

IN10.2.

450 Im Vergleich mit anderen Schulformen haben Gesamtschulen für uns höchste
451 Priorität. Bei Planung und Bau von weiterführenden Schulen werde wir
konsequent
452 auf Neu- und Ausbau von Gesamtschulplätzen setzen. Denn perspektivisch soll
die Gesamtschule als eine Schule für Alle gemäß der bestehenden
Konzeption der SPD die einzige Schulform in Köln sein.

Zur Begründung:

Durch die Ergänzung dieses Satzes möchten wir die seit Jahren bestehende
Forderung der SPD aufgreifen und unser Ziel spezifizieren, dessen Maßnahmen
zuvor beschrieben sind.

Seite 23

926 – und sie gleichzeitig mit dem etablierten Unternehmen vernetzen. Dafür
wollen wir eine 927 Gesamtstrategie entwickeln. ~~Eigentlich kaum zu glauben, dass
es die noch nicht gibt.~~

930 W1: Wir fördern gute Arbeit.

Wi1.1

935 Stadtweit engagieren wir uns gegen atypische Formen von Arbeit, wie
etwa
936 sachgrundlose Befristungen, Leiharbeit, Scheinselbstständigkeiten oder

937 ~~ausbeuterische Praktikumsverhältnisse. Außerdem wollen wir das~~
~~Untergraben von~~
938 ~~betrieblicher Beteiligung unterbinden; Wir wollen jegliche Schlupflöcher~~
zur
Aushebelung der Arbeitnehmer*Innenrechte, etwa durch
missbräuchliche Werkverträge oder
Arbeitnehmer*Innenüberlassung, beseitigen etwa durch
~~missbräuchliche Werkverträge~~
939 ~~oder Arbeitnehmerüberlassung.~~

Seite 24

972 Wi3: Wir machen aus Köln einen internationalen Startup-Hotspot

Wi3.2

984 ~~Finanzierungsmöglichkeiten. Dazu gehört auch der Aufbau einer digitalen~~
~~Denkfabrik:~~
985 ~~Als Experimentierraum für Innovationen, aber auch Diskussionsplattform für~~
Themen
986 ~~wie New Work, Digitalisierung oder die Klimakrise. Wir wollen in Kooperation~~
mit Unternehmen digitale Denkfabriken implementieren, um über
aktuelle Themen zu debattieren und gemeinsam Innovationen für die
Zukunft zu entwerfen.

Seite 25

1000 Wi4: Wir integrieren Arbeit und Wirtschaft besser in die Stadt.

Wi4.2

1005 ~~Wir wollen durch die Ansiedlung neuer Unternehmen neue,~~
~~tarifgebundene~~
1006 ~~Arbeitsplätze schaffen; dies wird ein zentrales Kriterium der städtischen~~
1007 ~~Ansiedlungspolitik sein.~~

Seite 26

Wi6: Wir bauen eine Stadt der kurzen Wege.

Wi6.1

1049 ~~Wir werden die funktionale Trennung von Wohnen, Dienstleistungen~~
~~und konkreter~~
1050 ~~Produktion auflösen. Dadurch verkürzen wir die Verkehrswege und~~
~~verhindern eine~~
1051 ~~allzu monotone Siedlungs- und Quartiersentwicklung. Wir wollen,~~
~~dassProduktionen~~

1052 ~~mit lokaler Nachfrage wieder in der Stadt und im Quartier ansiedelt~~
~~sind. Dies gilt~~
1053 ~~auch für urbane Manufakturen, die emissions- und lärmfrei produzieren.~~

Seite 27

Wi7: Wir machen die Stadtverwaltung leistungsfähiger.

Wi7.8

1117 ~~digitalisiert, alle Services über das Internet verfügbar sein. Wir setzen~~
~~uns dafür ein~~

1118 ~~digitalen Masterplan und einen „digitalen Kopf“ im OB-Büro, die alle~~
~~Projekte und~~

1119 ~~Initiativen koordiniert und zusammenführt, ein.~~

Begründung: mündlich.

Änderungsantrag Nr. 22

Antragssteller: OV Sülz-Klettenberg

Änderungsantrag (ÄA) zum Kommunalwahlprogramm der KölnSPD 2020 Köln für alle. Machen!

Jede Zeile ist ein ÄA

Beschlussvorschläge:

Zweite Zeile auf dem Deckblatt: Das Wort „Genoss“ gegen „Mitglieder“ austauschen.

Ab Seite 1 fortlaufend:

Zeile 9: Das Wort „Genoss“ gegen „Parteimitglied“ austauschen.

Nach Zeile 13 kein Absatz, dafür nach dem Satzende Zeile 15.

Zeile 22: hinter Gesundheitsvorsorge, „Grüne Flächen zur Naherholung und zum Schutz vor Klimaerwärmung“, einfügen.

Zeile 32: Mietdeckel „auch“ für Gewerbetreibende ein.

Zeile 35: erster Satz nach schöne, „grüne“ einfügen.

Nach Zeile 40 soll folgender Absatz eingefügt werden:

„Köln wird nachhaltig. Köln lebt in einer globalen Gemeinschaft, die vom Klimawandel und Artensterben bedroht ist. Für uns ist aktiver Klima- und Umweltschutz eine wesentliche Querschnittsaufgabe der Kommunalpolitik, der auch die Lebensgrundlage unserer Kinder und Enkelkinder im Auge hat. Die beste Heizung ist die, die man nicht einschalten muss, da das Haus keine Wärme verliert. Die beste Energie ist die, die vom Himmel fällt, die wir nur auffangen und speichern müssen. Wir setzen auf erneuerbare Energie und ergreifen Maßnahmen zur Verringerung der CO2 Emissionen. Artenschutz und der Erhalt von Freiflächen sowie deren Vernetzung ist uns ein Anliegen. Wir wollen eine durchgrünte Stadt.“

In Zeile 39 und 40 streichen:

„..., damit sich alle auf unseren Plätzen wohlfühlen und eine Perspektive haben.“

Fortfahren neuer Absatz:

„Bund und Land machen den Städten klare Vorgaben für die soziale Grundsicherung, für Arbeitslose, für Leistungen zur Inklusion und Teilhabe, für

Kinder- und Jugendhilfe. Diese Leistungen müssen aus dem kommunalen Haushalt finanziert werden.

Aber kommunale Sozialpolitik kann viel bewirken. Unser Bürger und Bürgerinnen sollen sich in kleinen und großen Notsituationen abgesichert und aufgefangen fühlen.

Wir wollen hochwertige soziale Dienstleistungen etwa in der Familienhilfe, der Jugendhilfe, in der Vermittlung und Förderung von Erwerbstätigkeit, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in der Vermeidung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit und der Drogenhilfe und Suchtprävention. Die städtische Gesundheitsvorsorge einschließlich der städtischen Kliniken wollen wir in der Verantwortung der Stadt erhalten und ausbauen.“

Zeile 85

„Und an den Klimaschutz“ ersetzen durch „Zukunftsaufgabe Klimaschutz“:

Zeile 88

Hinter ... Grünanlagen. In der bestehenden Bebauung müssen die oben genannten Kriterien bei Sanierungen ebenfalls berücksichtigt und gefördert werden.

Zeile 103:

Einfügen hinter ... beschließen „und dazu ein Kölner Modell entwickeln.“

Zeile 104

Wo1.6 Viele Vermieter, vor allem Großanbieter, lassen bestehenden Wohnraum verwahrlosen. Wir setzen uns für den Erhalt von bestehendem Wohnraum in einem menschenwürdigen, akzeptablen Zustand ein. Mieter können erhebliche Mängel beim Amt für Wohnungswesen anzeigen. Wir stärken die Wohnungsaufsicht, als Ansprechpartner für Betroffene und um die Instandhaltung von bestehendem Wohnraum zu gewährleisten.

Zeile 128

Hinter Flächenmanagement. Freiflächen sollen so gering wie möglich versiegelt werden.

Zeile 189

Einfügen hinter Kölner Grünflächen, „die Dach- und Fassadenbegrünung ...“ hinter Wasserflächen. „Wir sorgen für ein Netz von Trinkbrunnen.“

Zeile 192:

hinter ...erlassen: Bei Neubauten sollen verpflichtend mit ...

Zeile 195

(KfW55) streichen.

Zeile 197 und 198

ändern: ...die Entsiegelung von Flächen werden wir bestehende Förderprogramme stärker ausbauen.

Zeile 199

einfügen: Wir werden deshalb „bei der Stadtverwaltung“ eine One-Stop-Beratungsstelle ...

Zeile 384

„Tempo 30 soll auch in sensiblen Bereichen, wie Schulen, Kitas, Krankenhäusern etc. und an Unfallschwerpunkten eingerichtet werden.“

Zeile 480

Einfügen: „Wir fordern ein Schulgartenkonzept.“

Zeile 520

In 13.7 „Wir wollen das Umweltbildungsangebot an außerschulischen Bildungsangeboten fördern und weiter ausbauen.“

Zeile 656

Überschrift (fett): „Energiewende. Sofort anpacken!“

Zeile 675

Hinter Blockheizkraftwerke. Satz einfügen: „Wir wollen, dass das Fernwärmenetz weiter aufgebaut wird und der Anschluss attraktiv angeboten wird.“

Zeile 686

Einfügen hinter: ..., „dass Köln CO2 emissionsfrei wird.“

Zeile 698

Streiche „Aber Hallo, füge ein: „solidarisches Miteinander“

Zeile 722

Ergänzung: nach ...soziale Institutionen. "finanzielle Absicherung in der Jugendsozialarbeit," einfügen.

Zeile 738

Hinter vernachlässigt werden. : „Wir werden die Steinwüsten abschaffen. Die Plätze der Stadt sollen grün (Bäume, Nutzpflanzen) und kommunikativ werden und mit Bänken und Wasser (Teich oder Brunnen) ausgestattet sein.“

Zeile 850 (folgende)

Z5.5 „Wir realisieren ein drittes Wertstoffcenter im Kölner Süden. Die Reinigung aus einer Hand werden wir intensivieren.“

Z5.6 „Wir setzen uns für Müllvermeidung, Recycling und eine Reduzierung der Nahrungsmittelverschwendung ein.“

Zeile 856

„oder Cummunity Garden“ streichen.

Danach einfügen:

„Landwirtschaftliche Flächen im Kölner Stadtgebiet sollen ökologisch und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir fördern Aktivitäten der partizipativen Landwirtschaft, wie Mietäcker, Solidarische Landwirtschaft, Selbsternteflächen etc.“

Zeile 857 / 858

Den Satz: „Wir werden deshalb mehr öffentliche Grillplätze einrichten.“ streichen.

Zeile 907

Ergänzung Z8.7. Wir möchten, dass Pflegeheime lebenswerte Orte sind. Und werden die Qualität von Pflegeheimen stärken und weitere Plätze schaffen.

Zeile 990

„Roadmap“ in Klammern soll deutsche Bedeutung eingefügt werden.

Zeile 1038

Hinter...zeitlich einschränken: „Wir fördern eine emissionsarme Logistik, vor allem auf der letzten Meile (Lastenräder einsetzen).“

Zeile 1082

„Kultur ist der Garant für eine nachhaltige Entwicklung in allen Teilen unseres Lebens.“

Zeile 1165

Streichen „ ...durch die Unterstützung des Kölner Karnevals, aber auch ...“

Zeile 1290 bis Zeile 1295

Streiche ab „Deshalb werden wir ... bis mit Skulpturen oder Wandmalereien.“

Zeile 1305

K5.7. streichen

Änderungsantrag Nr. 23

Antragssteller: OV Stammheim-Flittard

Änderungsanträge zum Kommunalwahlprogramm

Einleitung

Rückkehr zum alten Titel, oder aussagekräftiger Ersatz.

Streichen des gesamten Einleitungstextes.

Änderung in „Sie“, statt du (was daran inklusiv sein soll, hätten wir gerne mal erklärt).

Überschriften dringend überdenken!

Zeile 3, Ganze Zeile streichen

Zeile 4, Satz 1 streichen. Satz 2, „Denn“ streichen und 3. Satz mit „und“ verbinden

Zeile 6, „neue und alte“ streichen.

Zeile 8, „genau“ streichen. „Nachlesen“ ersetzen durch „lesen“

Zeile 10-13, streichen ab „mit viel Herzblut...“ (oder durch sinnvolle Beispiele ersetzen, die nicht normales Geschäft der Verwaltung sind).

Zeile 14, Klammer „ebenfalls ehrenamtlich“ streichen

Zeile 25-26, „für eine bessere Welt“ streichen, „schöneres“ ersetzen durch „ihr“

Zeile 27, 1. Satz „Köln lebt durch seine Veedel“

Zeile 29, „gut“ streichen

Zeile 35-39, einzelne „negative“ Plätze zu benennen ist nicht zielführend. Geht es um Plätze oder die Stadt (Zeile 38)?

Zeile 41, „finanzieren“ statt bezahlen

Zeile 42, ab „Dazu ...bis „Privater....“ Streichen.

Zeile 45, statt „Jetzt ist es Zeit“ ersetzen „Es ist Zeit...“

Zeile 51, „Du siehst“ streichen. Statt „Wir...“ Ersetzen durch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“, „sehr“ streichen

Zeile 55, ersten Satz streichen. 2. Satz: „diese Version“ streichen „kannst du über die Zukunft Kölns abstimmen.“

Zeile 56-58 Für Druckfassung streichen

Zeile 63 „hier“ streichen“

Zeile 63-66 Ab „Egal...kannst“ streichen. Ersetzen durch „Jeder sollte bezahlbaren Wohnraum finden können“.

Zeile 70, „Dazu... bis Satzende: ersetzen durch „Dazu gehört für uns der soziale Wohnungsbau!“

Zeile 71, „haben Anspruch auf eine solche Wohnung ersetzen durch „haben Anspruch auf Wohnberechtigungsschein, „viel mehr als man oft denkt“ streichen

Zeile 74, wenn Verkauf dann mit Konzeptvergabe einfügen

Zeile 76, „die oft...nehmen“ streichen und fortfahren „und vor allem die Gesellschaften...wie die GAG und WSK“

Zeile 82, „Wichtig ist uns..bis Wohnungen“ ersetzen durch „Neue Wohngebiete müssen von Anfang...“

Zeile 84 „Außerdem müssen “ streichen stattdessen „Wir denken die Bedürfnisse...“

Zeile 85, „Auch an den Klimaschutz“ streichen. „Auf die Einhaltung der Regelungen zum Klimaschutz der Landesbauordnung muss geachtet werden, ggf. müssen diese ausgeweitet werden.“

Zeile 86, ab „indem bis „auf“ streichen. Neuer Satz: „Wir setzen auf die Nutzung.....“

Zeile 137, einfügen „und“ zwischen Supermarkt -Parkplätze

Zeile 145-148 streichen. Einfügen: „Bauanträge müssen schneller bearbeitet werden, u.a. durch die „digitale Akte“. Eine zentrale Bauleitstelle muss eingerichtet und die Bauaufsicht personell verstärkt werden. 150-158. Streichen, oder überarbeiten. Vergaberecht hebt die Beschleunigung der Verfahren aus. Mehr Bürokratie hat noch nie zu schnellerer Bearbeitung geführt. Öffentlichkeitsbeteiligung ist vorgeschrieben. Wenn man schneller werden will, geht das nur über die Verkürzung der Verfahren und nicht über ein noch mehr (was ist „echte im Gegensatz zu unechter Partizipation“?!)

Zeile 176 Statt „Wir...fördern“ ersetzen durch „Wir wollen gemischte Quartiere entstehen lassen“

Zeile 180 „Wir treten...ein, um “ streichen.

Zeile 191 „Vorschriften erlassen...“ streichen, da bei städt.- Gebäuden
Beschlusslage.

Zeile 205 „allen“ streichen

Zeile 208 Eingriffsrechte zu klären? Stellplätze müssen vorgehalten werden.

Zeile 213 „Wir...prüfen“. Streichen

Zeile 215 „Wir wollen...ermutigen“ streichen. Ersetzen: „Wir unterstützen....“

Zeile 220-223 bis „geben“ streichen.

Zeile 226-227 „streichen“

Zeile 297 Wir werden eine Stelle für den „Fußgängerbeauftragten“ einrichten.

Zeile 329 ganze Zeile streichen. Wir werden uns bei Bund und Land für die
„Vereinfachung.....“

Zeile 366 -367 streichen

Zeile 388-402 Aufgaben der Deutschen Bahn. Formulierung „Wir werden uns im
Bund und bei den Verkehrsträgern dafür einsetzen.....“

Zeile 405-429 Sollte insgesamt neu formuliert werden

Zeile 441 „Dafür..ein. Streichen

Zeile 449 „Sofort“ streichen

Zeile „Zusätzlich werden“ ersetzen durch „Wir fordern....“

Zeile 461-462 Stellen gibt es. Attraktivität der Stadt als Arbeitgeber erhöhen...

Zeile 463-464 streichen

Im Kapitel muss die Schaffung von Schulplätzen als prioritäre Aufgabe ergänzt
werden. Bau von bis zu 40 Schulen erforderlich.

Zeile 479-480 Ergänzen: Entscheidungen muss die Schulkonferenz treffen

Zeile 481-482 „Alle Kölner Schulen“ ersetzen „ an den Schulen, wo es räumlich
möglich ist.....“

Zeile 492 Ist Beschlusslage

Zeile 543 „Die Menschen....nutzen“. Streichen

Zeile 547-549 „Darüber hinaus....umwandeln“ streichen

Zeile 575-576 Ausweitung Öffnungszeiten Wochenende streichen.

Zeile 647-655 Besser im Schulkapitel

Zeile 706 „Religionen“ ersetzen durch „unterschiedlichen Glaubens“

Zeile 708 Ersetzen durch „In Köln darf niemand ausgeschlossen werden“.

Zeile 708 -709 „Eine.....Veedel.“ Streichen.

Zeile 718 „Und wir....schätzen“ streichen.

Zeile 735 „für neues und altes Engagement“ streichen.

Zeile 743 „und von allen anderen.....können.“ Ersetzen: Das Angebot wird ergänzt....

Zeile 827 SV ausschreiben

Zeile 860-261 „etwa durch...Jogger“. Streichen.

Zeile 889-890 Beschlusslage? Flughafen lehnt dies ab. Offenere Formulierung wünschenswert.

Zeile 897- BTM ist Bundesgesetz?! Ändern „Legalisierung nur in Mengen für den Eigengebrauch“.

Zeile 910 „Arbeitest du....bis klar“. Streichen.

Zeile 927 „Eigentlich....gibt“. Streichen.

Zeile 1138 Satz unvollständig

Zeile 1172 „Ohne....grau“. Streichen

Zeile 1306-1307 ändern in „dieser Förderung in Ausnahmefällen auch bezirksübergreifende Projekte umgesetzt werden können.“

Änderungsantrag Nr. 24

Antragssteller: Sozialforum

Zu Überschrift „Zusammenleben“ Zeilen 698 bzw. 775 bzw. als Präambel

Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um neue Impulse für die Verbesserung der Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen aufzunehmen, mehr Chancen für Menschen mit Behinderungen zu erschließen und die Entwicklung und den Erfolg von Initiativen für gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft voran zu treiben.

Sie tut das auch, weil alle Verbesserungen nicht nur behinderten Menschen zugutekommen, sondern allen nutzen, die sich im öffentlichen Raum bewegen.

Begründung:

Mit ihrer Unterzeichnung der Erklärung von Barcelona am 24. März 1995 hat sich die Stadt Köln verpflichtet, die Gleichbehandlung ihrer behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger zu fördern, ihre gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben zu sichern und im Rahmen ihrer finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten bestmögliches Verständnis und Hilfestellung für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten. Damit soll sie die Integration von Menschen mit Behinderungen erleichtern und ihnen die gleichen Chancen einräumen, wie sie Nicht-Behinderte haben. Seitdem ist in unserer Stadt viel erreicht worden, vor allem im öffentlichen Bewusstsein, in der Partizipation von Einzelnen und Verbänden und der Verantwortung für Inklusion. Und zugleich ist noch sehr viel zu tun:

Die immer wiederkehrenden Probleme sind die der Wohnversorgung, der Mobilität, der Integration in Arbeit und Ausbildung, der Defizite von öffentlichen Plätzen und Gebäuden und Dienstleistungen aller Art, offenkundig durch das seit Jahren verschleppte Toilettenkonzept.

Änderungsantrag Nr. 25

Antragsteller: Ortsverein Zollstock

Änderungsantrag Kommunalwahlprogramm

Wir beantragen die folgenden Änderungen:

1. Streiche Zeile 102
2. Zeile 178: streiche „und Quartiersmanagement“
3. Ersetze Zeile 186 – 189 durch: „Wir nehmen die bereits jetzt spürbaren Folgen der Klimaerwärmung ernst und setzen uns für ein gutes Klima in der Stadt ein. Bei der Ausweisung neuer Baugebiete berücksichtigen wir Aspekte wie Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen. Das auf SPD-Initiative beschlossene Programm zur Dach- und Fassadenbegrünung wollen wir fortführen und ausbauen. Das einzigartige System der Kölner Grünanlagen wollen wir weiterentwickeln und besser vernetzen.“
4. Ersetze Zeile 191 – 193:
5. Streiche Zeile 225 – 226
6. Zeile 262: Ändere „werden wir den Takt verdichten“ in „ werden wir uns dafür einsetzen, den Takt zu verdichten“
7. Zeile 267 – 268: Ersetze letzten Satz durch: „Wir setzen uns dafür ein, den gesamten Öffentlichen Nahverkehr so schnell wie möglich auf Ökostrom umzustellen.“
8. Ersetze Zeile 288 – 290 durch: Bessere Versorgung mit Leihrädern durch bessere Vernetzung der Anbieter, bessere Abdeckung des gesamten Stadtgebiets und bessere Ordnung des öffentlichen Raumes
9. Ergänze nach Zeile 290: Das Angebot an E-Scootern werden wir ordnen und Konzept entwickeln, dass diese einen echten verkehrlichen Mehrwert schaffen.
10. Streiche Zeile 291
11. Ändere zeile 348 in: „Wir schaffen gute Alternativen zum motorisierten Individualverkehr“
12. Zeile 386 – 397: jeweils „wir werden uns dafür einsetzen dass...“ (sinngemäß. Begründung: Alles Zuständigkeit DB)
13. Zeile 430: Ändere in „Kostenfreie Bildung und faire Bezahlung für alle“
14. Ergänze nach Zeile 494: „Keine Dumpinglöhne im Bildungsbereich: Die Pädagogischen Mitarbeiter*innen, die Kinder und Jugendliche engagiert betreuen, müssen besser bezahlt werden. Die Stadt wird nur noch mit Trägern zusammenarbeiten, die den Mitarbeiter*innen im Offenen Ganztage einen Lohn in Höhe des Öffentlichen Dienstes (TVÖD) zahlen. Zur Förderung der Qualität der täglichen Betreuung von Kindern und Jugendlichen werden wir werden mehr pädagogisches Personal anstellen bzw. die Stundenzahl erhöhen und einen der wichtigen Aufgabe des Offenen Ganztags angemessenen Personalschlüssel und Qualitätsstandards (pädagogisch, räumlich) festlegen.“
15. Ergänze nach Zeile 503: „In 12.5 Alle Menschen, die an den Schulen arbeiten – auch Reinigungskräfte – werden wir durch die Stadt anstellen und/oder wie

im öffentlichen Dienst bezahlen. Kein Outsourcing und keine Billiglösungen im Bildungsbereich.“

16. Ergänze in Zeile 517 nach „Unterricht“: „, das heißt, dass ein Teil des Unterrichts in der Herkunftssprache angeboten wird.“
17. Ergänze in Zeile 588: „ In 16.5: Musikalische Bildung muss allen Bürger*innen ermöglicht werden – auch solchen, in deren Umfeld das Erlernen eines Instruments nicht selbstverständlich ist. Deshalb werden wir das Angebot der Rheinischen Musikschule angesichts der vollen Wartelisten ausbauen und die Teilnehmerbeiträge senken, bei gleichzeitigem Erhalt der Unterrichtsqualität. Die prekäre Arbeitssituation der Musiklehrer*innen werden wir ähnlich wie an der VHS verbessern und die drohenden Kürzungen zurücknehmen. Zur Verbesserung der prekären Arbeitssituation an der Rheinischen Musikschule werden wir:
 - den Anteil der in Festanstellung arbeitenden Musikschullehrer*innen weiterhin deutlich ausbauen,
 - alle Honorarkräfte sozial besser absichern durch Honorarfortzahlung im Krankheitsfall
 - und alle Musikschullehrer*innen wie im Öffentlichen Dienst (TVÖD) entlohnen und dies dauerhaft festschreiben.
18. Ändere Zeile 651 – 653 durch: „Wir werden Schulen mit einer zeitgemäßen digitalen Infrastruktur ausstatten, die digitales Lernen ermöglicht.“
19. Zeile 740: Ändere „Seniorenberatung“ in „Senioren- und Pflegeberatung“
20. Zeile 742 – 743: ersetze „, die dafür sorgen [...] wohnen können“ durch: „. Angehörigen von Pflegebedürftigen werden gezielt beraten und unterstützt. Die Kümmererbüros sollen die Funktion einer Wegweiser durch die Angebote übernehmen, der niedrighschwellige Angebote bietet.“
21. Zeile 744: Ergänze nach „verhindern.“: „Wir wollen Quartiere mit sozialer Durchmischung. Bezahlbare Mieten und der Schutz vor Verdrängung für angestammte Anwohner sind dafür unabdingbar. Dafür werden wir alle verfügbaren rechtlichen Mittel nutzen, beispielsweise soziale Erhaltungssatzungen. Die Möglichkeiten des Wohnungsaufsichtsgesetzes zur Beseitigung von Missständen werden wir durch regelmäßige Kontrollen und eine konsequente Ausschöpfung des Bußgeldrahmens konsequent anwenden.“
22. Zeile 749: Streiche: „Wir wollen neue Sozialräume schaffen“
23. Kapitel Z2, Änderung der Reihenfolge in: Z3, Z4, Z6, Z5, Z1, Z2, Z7

Änderungsantrag Nr.26

Antragssteller: Jusos

Kommunalwahlprogramm 2020 der KölnSPD

S. 20

Z3.1.

798 ~~Wir bekämpfen Sexismus und sexualisierte Gewalt.~~ Wir werden einen

799 bedarfsgerechten Ausbau der Frauenhäuser veranlassen, außerdem den Schutz und

800 die Beratung von **besonders** bedrohten Frauen fördern.

Zur Begründung:

Nach den Erfahrungen, die wir speziell in diesem Jahr mit dem innerparteilichen Umgang zu mehreren Vorwürfen bezüglich Sexismus und sexualisierter Gewalt gemacht haben, beantragen wir die Streichung des Satzes in der Zeile 798. In der KölnSPD steht man nicht geschlossen sexualisierter Gewalt entgegen. Besonders Personen in Führungspositionen verschiedener Ebenen sind nur mit viel Aufwand dazu zu bewegen aktiv zu werden. Wenn wir uns Sexismus und sexualisierte Gewalt nicht einmal nach innen überzeugend entgegenstellen, fehlt uns das Vertrauen, dass wir es nach außen tun.

In Zeile 800 möchten wir das Wort „besonders“ streichen, da alle bedrohten Frauen schützenswert sind und eine Einordnung, wann jemand besonders bedroht ist, für uns nicht transparent wird.

Die weiteren Forderungen des Absatzes zu Z3.1. unterstützen wir vorbehaltlos und sehen es als einen essentiellen Schritt in Richtung Gleichberechtigung.